

# Evangelische Verantwortung

## Bereitschaft zur Umkehr

### Zur Jahreslosung 1993

Den denkwürdigen Worten des Petrus: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen!“ ging ein Verhör durch die höchste geistliche und politische Autorität in Jerusalem voraus. So lesen wir es im fünften Kapitel der Apostelgeschichte. Man kann aus der Erzählung noch den Ton leisen Abscheues heraushören, wenn der hochkultivierte, souverän die Weltläufte betrachtende Hohepriester den schlichten Leuten um Petrus vorwirft, sie wollten mit ihrer eifrigen Agitation für den gekreuzigten Jesus das Blut „dieses Menschen“ über die Gemeinschaft bringen. Das hätte bedeutet, dem ganzen Volk und seinen Beherrschern zuzumuten, Buße zu tun, von ihrem Weg umzukehren und bereit zu werden, Vergebung der Sünden zu empfangen.

Christen, die es mit ihrem Glauben ernst meinen, werden immer wieder erleben, daß die Botschaft von Jesus Christus als Zumutung empfunden und zurückgewiesen wird. Was Petrus damals aus dem Mund des hohen Priesters hörte, läßt sich heute aus den Medien erfahren: vielerlei Gründe, warum es den modernen Menschen und der modernen Gesellschaft möglich erscheint, sich der Buße und Vergebung zu stellen. „Enthüllt“ und dargelegt wird, wie die biblische und kirchliche Überlieferung angeblich verfälscht wurde, wie fortschrittsfeindlich ein Katechismus sei, wie in der DDR „Kirche im Sozialismus“ mit der Stasi kolaboriert habe, welche Unsummen an Kirchensteuern unverdientermaßen in die Kirchenkassen fließen. Mit all diesen Argumenten soll den Christen der Mund gestopft werden, damit sie mit ihrer unzeitgemäßen Verkündigung nicht länger mehr die Kreise des modernen Menschen stören. Die Jahreslosung verpflichtet und ermutigt dazu, nicht in den Sektenwinkel auszuweichen, sondern weiter mitten in der Gesellschaft das Christuszeugnis auszurichten, denn das ist Gottes Wille.

Die Berufung auf den Gotteswillen fällt uns leichter als dem Petrus, weil die heutige säkularisierte Gesellschaft aufgeklärt ge-

nug ist, um ihre Abneigung gegen den Gekreuzigten nicht in strikte Verbote zu fassen.

JAHRESLOSUNG FÜR 1993

MAN MUSS  
GOTT  
MEHR  
GEHORCHEN  
ALS DEN  
MENSCHEN

APOSTELGESCHICHTE 5 VERS 29

Andererseits ist sie für uns weit schwieriger zum Ausdruck zu bringen, weil uns die unmißverständliche Eindeutigkeit des Petrus fehlt. Die Jünger Jesu der Anfangszeit standen den Verwaltern der politischen Macht konträr gegenüber. Die Christen in einer pluralistischen Demokratie dagegen haben in vielfacher Weise selbst Anteil an der Macht, schon gar, wenn sie ein politisches Amt ausüben. Berufen sie sich auf Gott, geraten sie sehr schnell in den Verdacht, ihren Glauben zur Verkleidung von Machtinteressen ideologisch zu mißbrauchen. Die Dauerdiskussion um das „C“ im Namen der Unionsparteien umreißt das Problem.

Wir werden immer darum ringen müssen, daß die Zweifel an der subjektiven Ehrlichkeit unserer christlichen Existenz keine Nahrung erhalten, objektiv werden wir auch in dieser Hinsicht selber auf Buße und Vergebung angewiesen sein. Die Jahreslosung sollte uns aber eine Aufforderung sein, trotz der möglichen Mißverständnisse nicht auf einfache fundamentale Zeugnisse zu verzichten: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen!“  
**Dr. Gottfried Müller**

Liebe Leser,

die letzte Ausgabe der EV in diesem Jahr hat als thematischen Schwerpunkt die Entwicklung in unserem Nachbarkontinent Afrika. In den Beiträgen kommen sehr unterschiedliche Erfahrungen zum Ausdruck. Eins verbindet sie: alle sind geprägt von der Sehnsucht nach einer besseren, gerechteren Welt.

Junge Menschen leiden besonders unter der Erfahrung von Ungerechtigkeit und Ungewißheit. Dies gilt in fernen Ländern ebenso wie bei uns. Ich habe in diesem Jahr viele Gespräche mit Jugendlichen geführt. Die meisten haben mich sehr betroffen gemacht. Junge Menschen brauchen Halt, suchen Orientierung. Nach 40 Jahren Diktatur im Osten Deutschlands sicher mehr als anderswo. Wer bringt ihnen ein realistisches Menschenbild nahe, wer zeigt ihnen Chancen und Grenzen in einer pluralen Demokratie auf?

Politik kann Programme entwickeln und initiieren. Aber das allein reicht nicht. Schule, Eltern, Kirche, wir alle müssen daran arbeiten, daß unser Zusammenleben in einer freiheitlichen Gesellschaft gelingt. Nur dann werden wir auch fähig sein, die großen Aufgaben unserer Zeit zu lösen: Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Mit allen guten Wünschen für ein besinnliches Weihnachtsfest und ein gutes Neues Jahr

Dr. Angela Merkel  
EAK-Bundesvorsitzende

# Wind des Wandels in Afrika?

Volkmar Köhler

**Täglich erhalten wir neue Katastrophenmeldungen aus Afrika: Dürrekatastrophe im südlichen Afrika, marodierende Banden in Somalia, Bürgerkrieg im Sudan, Chaos und Mord in Liberia, ethnische Spannungen in Ruanda und Burundi, erschreckende Prozentzahlen von Aids-Erkrankungen in Uganda, Flucht vor Hunger und Umweltzerstörung. Afrika ist der Krisenkontinent unseres Jahrzehnts geworden.**

Von den 40 ärmsten Ländern dieser Welt liegen 32 südlich der Sahara. Das Wirtschaftswachstum Schwarzafrikas ist auf 1,5 % geschrumpft, aber die Bevölkerung wächst in jedem Jahr um 3,2 %. Die Bevölkerung hat sich seit 1970 verdoppelt, aber die landwirtschaftliche Produktion ist im gleichen Zeitraum um fast ein Viertel gesunken. Eine ganze Anzahl von Staaten, die sich am Tag ihrer Souveränitätserklärung noch selbst ernähren konnten, sind heute von internationaler Nahrungsmittelhilfe abhängig. Afrika stellt 8 % der Weltbevölkerung, hat aber nur einen Anteil von 1 % am Welthandel. Die 548 Millionen Menschen südlich der Sahara erzeugen insgesamt ein Sozialprodukt, das noch geringer ist als das des Zehn-Millionen-Volkes der Belgier.

## Schuldenberge abtragen

Wir sind die Nachrichten über diese Schreckensszenarien inzwischen gewohnt. Wer sich aber auf der Insel der Glückseligen namens Europa ein Herz und ein Gewissen bewahrt hat, muß über sie immer wieder zutiefst erschrecken. Wir können uns von unserer Verantwortung für Afrika nicht lossagen. Afrika bleibt unser Nachbarkontinent. Seine Probleme strahlen, nicht zuletzt durch eine wachsende Wanderungsbewegung, auf uns aus. Unser wichtigster Freund und Verbündeter in Europa, Frankreich, ist durch eine Fülle von Schutzverträgen und Regelungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die wir im Rahmen des Lome-Abkommens zu einem guten Teil mittragen, tief in die afrikanische Problematik verstrickt.

Wenn wir eine gemeinsame europäische Währung und eine europäische Zentralbank ansteuern, wird es auch unser Problem sein, daß die Währung von 14 afrikanischen Staaten mit dem CFA-Franc im Verhältnis 1 : 50 fest an die französische Währung gebunden ist. Dieses Austauschverhältnis hat einem wesentlichen Teil Afrikas internationale Konvertibilität und eine mas-

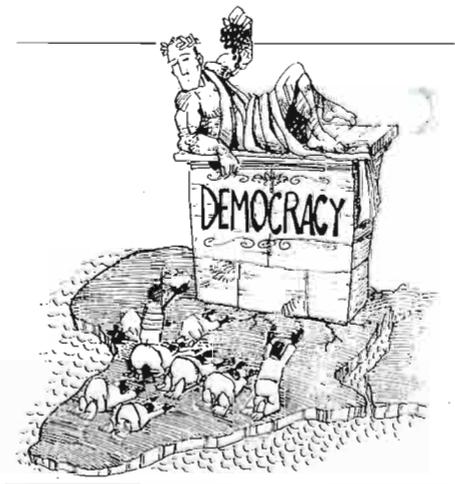
sive Stützung durch Frankreich gebracht, aber auch die Volkswirtschaften einseitig auf das europäische Mutterland ausgerichtet und die regionale Kooperation mit Nachbarstaaten, die nicht der Franc-Zone angehören, eher unterbunden. Man schaue nur einmal auf den ständigen Wechsel zwischen frankophonen und anglophonen Staaten in Westafrika, um das Problem regionaler Wirtschaftszusammenarbeit in diesem Raum zu erkennen.

Vor diesem Hintergrund verdient der 17. französisch-afrikanische Gipfel, der im Oktober in der gabunesischen Hauptstadt Libreville stattfand, besondere Aufmerksamkeit. Immerhin handelte es sich um eine Konferenz von 34 afrikanischen Staaten, auch wenn nur 14 Staatschefs daran teilnahmen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen die Schuldenlast Afrikas und der dadurch verursachte Kapitalabfluß.

Frankreich wandte sich deshalb gegen die Anpassungsprogramme von IMF und Weltbank und lehnte gleichzeitig deren Forderung nach Abwertung des CFA-Franc ab. Gleichzeitig kündigte Frankreich die Schaffung eines Umwandlungsfonds von 4 Mrd. Franc an, der die Investierung öffentlicher Schulden gerade von Ländern mittleren Einkommens in ausgesuchte Entwicklungsprojekte erlauben soll. Von neuem propagierte Frankreich die Idee eines Marshall-Plans für Afrika. Diese Ankündigung hört man seit Jahren aus Paris, aber die französischen Kräfte allein reichen für dieses fragwürdige Vorhaben nicht aus. Frankreich kam mit seiner Haltung den afrikanischen Politikern entgegen, die vor einem zunehmenden Druck auf eine Demokratisierung warnen und gleichzeitig fürchten, daß das westliche Interesse und die westliche Finanzhilfe für Afrika zugunsten der osteuropäischen Länder nachlassen. Schließlich haben mehrere europäische Geber vor allem in Osteuropa inzwischen wegen drängender eigener Probleme und der Notwendigkeit, in Osteuropa zu helfen, ihre Entwicklungshilfe gekürzt.

## Demokratisierungsbemühungen unterstützen

Man erinnert sich daran, daß vor zwei Jahren Präsident Mitterrand auf dem Gipfel in La Baule den erschrockenen afrikanischen Staatschefs eine Prämie für mehr Demokratie und Parteienpluralismus angekündigt hatte. Frankreich sei nicht mehr bereit, jede Form von Diktatur aus ökonomischen Interessen zu decken. Diese Ankündigung ist in der Zwischenzeit mehrfach abgeschwächt worden. Außenminister Dumas hat verschiedentlich erklärt, Frankreich sei nicht der Deus ex machina der Demokratisierung in Afrika.



Seit 1989 war aber wirklich der Wind des Wandels durch Afrika gegangen. In vielen Staaten zog man Konsequenzen aus der Entwicklung in Osteuropa und der früheren Sowjetunion. Die Forderung nach verantwortlicher Regierung, Parteienpluralismus, Demokratie, Menschenrechten und Schutz der Minderheiten wurde in allen Ländern diskutiert. Es zeigte sich, daß vielerorts gebildete Schichten herangewachsen waren, die nicht mehr bereit waren, alles mit sich geschehen zu lassen.

Drei Jahre später ist das **Ergebnis des Demokratisierungsprozesses** in Afrika eher ernüchternd. Musterbeispiele des friedlichen Übergangs zur Demokratie durch Wahlen in Mehrparteiensystemen sind Benin, die Kapverdischen Inseln, Kongo-Brazzaville, Mali, Namibia, Sambia, Sao Tome und Principe. Gefährdet und zögerlich erscheint die Entwicklung in Angola, Burkina Faso, Burundi, Madagaskar, Ruanda und Tansania. In Gabun, Kamerun und Kenia versuchen die seit langem herrschenden Eliten den unabweichlichen Weg zum Pluralismus

zu steuern und zu kanalisieren. Mit Spannung muß man abwarten, wie Nigeria 1993 den Weg zu einer zivilen Regierung findet. In Ghana und Uganda sind demokratische Entwicklungen nur ansatzweise zu beobachten. In Sierra Leone und im Sudan kann von Demokratie überhaupt nicht die Rede sein. Und an der Elfenbeinküste, in Malawi und Zaire behaupten sich die gewohnten Machthaber mit vielen Tricks gegen das Verlangen nach Partizipation der Bevölkerung an den politischen Entscheidungsprozessen.

## Achtung der Menschenrechte als oberstes Prinzip

Alle entwicklungspolitische Erfahrung zeigt, daß **Entwicklung ohne die Partizipation der Bevölkerung auf Dauer nicht stattfinden kann**. Gerade schwierige strukturelle Veränderungen, die Afrika in besonderem Maße nötig hat, können nur bewältigt werden, wenn die Bevölkerung sie akzeptiert. Das wird sie nicht tun, ohne mitreden und mitbestimmen zu können. Die Bundesregierung, aber auch die Europäische Gemeinschaft haben deshalb in letzter Zeit ihre Hilfe für die Entwicklungsländer stärker an die Vorbedingungen Demokratie, Menschenrechte und Marktwirtschaft geknüpft.

Es bleibt festzuhalten, daß Frankreich diese Tendenz in letzter Zeit eher abgeschwächt hat. Bezeichnend für die Situation war das 15. Treffen von 69 Abgeordneten aus dem Europäischen Parlament und aus den 69 durch das Kommen von Lomé mit der EG verbundenen Entwicklungsländern vom 28. September bis 2. Oktober in Luxemburg. Der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts erhoffte Neuanfang in den Nord-Süd-Beziehungen fand nicht statt. Man ging ohne Abschlußresolution auseinander. In den Fragen der Menschenrechte und der Demokratie war keine Gemeinsamkeit zu erreichen. Schon die Diskussionen dieser Konferenz hatten wenig Hoffnung erweckt.

Bei der Abstimmung über die geplante Entschließung zu den Fragen der Demokratie, Menschenrechte und Entwicklung in den AKP-Staaten kam es zum offenen Streit. Die Parlamentarier der Entwicklungsländer verwahrten sich gegen jegliche Einmischungsversuche des Nordens. Sie waren nicht bereit, die **Achtung der Menschenrechte als übergeordnetes staatliches Prinzip** auf dem afrikanischen Konti-

nent zu akzeptieren, obwohl im Lomé-Vertrag entsprechende Empfehlungen enthalten und von allen Beteiligten unterschrieben sind.

Daraufhin weigerten sich die europäischen Abgeordneten, den inhaltlosen Rest der Entschließung mitzutragen. Das demokratische Recht auf friedliche Einmischung, das auch Grundlage jeglicher gestaltender Entwicklungshilfe ist, wird von diesen Parlamentariern der AKP-Staaten nicht anerkannt. Sie lehnen das europäische Demokratiemodell als ungeeignet ab. Dabei übersehen sie, daß dies schon lange nicht mehr die Frage ist.

## Entwicklung der politischen Kultur

Europa hat längst von einer schematischen Übertragung seiner Verfassungsmodelle Abstand genommen und den Ländern der Dritten Welt das Recht auf die Entwicklung eigener Ausformungen der Demokratie zugebilligt. So muß das Verhalten der Repräsentanten Afrikas wieder einmal als der Versuch einer Staatsklasse erscheinen, die bekannten Methoden der Selbstprivilegierung zu erhalten. Man kann sich natürlich fragen, wie weit diese z.T. fragwürdige legitimierten

Parlamentarier wirklich ihre Völker repräsentieren. Wer aber begriffen hat, daß die Entwicklung der politischen Kultur und die Innovationsfähigkeit der führenden Klassen entscheidend ist für den Entwicklungsprozeß der Länder, muß nach dieser Konferenz um Afrika fürchten. Gleichzeitig ist nämlich die Demokratie im pazifischen und im karibischen Raum, aber auch in Asien auf dem Vormarsch. Verspielt Afrika eine seiner letzten Chancen?

Präsident Bongo von Gabun hat vor mehr als zwei Jahren mit Blick auf die Entwicklung in Osteuropa gesagt, daß der Ostwind auch Afrikas Palmen erschüttert habe. Palmen sind sehr elastisch. Deshalb bleibt es offen, ob trotz mancher ermutigender Beispiele Afrika sich wirklich ändert und einen neuen Anfang findet. Wir sollten es weiterhin hoffen. Auch hier können wir aber nur Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Das freilich müssen wir tun.

**Ann.:** Dr. Volkmar Köhler, MdB, Parl. Staatssekretär a.D. ist Mitglied des EAK-Bundesvorstandes und des CDU-Bundesfachausschusses Außenpolitik und stellvertretender Vorsitzender des CDU-Bundesfachausschusses Entwicklungspolitik

# Die deutschen Kirchen im entwicklungspolitischen Dialog

Manfred Kulesa

**„Aufgrund ihres Auftrages und ihrer weltweiten Verpflichtung zur Solidarität, aber auch ihrer Sicht der Entwicklungsaufgaben und ihrer Erfahrung im Entwicklungsdienst, ergibt sich für die Kirchen und Christen immer wieder die Notwendigkeit, sich mit Fragen der Entwicklungspolitik des Staates und der Weltwirtschaft auseinanderzusetzen und sich zum Anwalt der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika zu machen, deren Stimme nicht gehört wird.“ (Europäische Ökumenische Versammlung, Basel 1989) Zu dieser Notwendigkeit haben sich die beiden großen deutschen Kirchen erst kürzlich wieder bekannt. Sie ist auch das Motiv des ökumenischen Dialogprogramms zur Entwicklungspolitik, das sie in den nächsten vier Jahren unter dem Titel „Entwicklung als internationale soziale Frage“ mit ihrer Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) durchführen wollen.**

In ihrer Eröffnungsrede der Bundestagung zum 40jährigen Bestehen des EAK hat Angela Merkel dazu aufgefordert, den Dialog zwischen Politik und Kirche als Chance zu begreifen. Bei der gleichen Gelegenheit wies Helmut Kohl auf die Konferenz von Rio mit ihrer Botschaft der Solidarität, der gleichberechtigten Partnerschaft und der gemeinsamen Verantwortung für die „eine Welt“ hin. Wir sehen hier die Bereitschaft zum Dialog in Fragen der

Nord-Süd-Politik, wie ihn die Kirchen jetzt wieder verstärkt aufnehmen wollen.

In der GKKE arbeiten seit gut zwanzig Jahren die evangelische „Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienst“ und die katholische „Deutsche Kommission Justitia et Pax“ zusammen. In diesen beiden Gremien sind die Hilfswerke und Fachstellen der Entwicklungsförderung der

beiden großen Kirchen vertreten, die sich mit der GKKE ein Instrument geschaffen haben, durch das sie gemeinsam die Diskussion der Nord-Süd-Fragen im politischen und gesellschaftlichen Bereich führen und Stellungnahmen zur Entwicklungspolitik vorlegen können.

Die praktische Arbeit der kirchlichen Werke ist allgemein bekannt und genießt auch bei den Entwicklungspolitikern hohes Ansehen. Das gilt nicht nur für die großen Werke wie Misereor, Caritas und Brot für die Welt, die beiden Zentralstellen für Entwicklungshilfe und die Personalfachdienste „Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe“ und „Dienste in Übersee“, sondern für die breite Vielfalt des konkreten partnerschaftlichen Engagements von Gemeinden, Gruppen und Fachdiensten aller Art. Schließlich sind die evangelischen Kirchen seit Jahren regelmäßig dem Aufruf der Synode der EKD von 1968 gefolgt, einen festen Anteil ihrer Einkünfte für die Entwicklungsarbeit zur Verfügung zu stellen, womit sie nach wie vor dem Staat ein Vorbild geben wollen, wenn auch bislang mit wenig Erfolg in der bundesdeutschen Praxis.

## Weltverantwortung unserer Bürger stärken

Die Arbeit der Werke und die von ihnen ausgehende Bewußtseinsbildung hat dazu beigetragen, die Weltverantwortung unserer Bürger zu stärken. Darüber hinaus haben sich die Kirchen mit Studien, Denkschriften und Erklärungen an der entwicklungspolitischen Diskussion in unserem Lande beteiligt. Hier sind vor allem die EKD-Denkschrift „Der Entwicklungsdienst der Kirche – ein Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit in der Welt“ aus dem Jahre 1973 und auf katholischer Seite die Erklärung der Deutschen Kommission *Justitia et Pax* „Gerechtigkeit für alle – Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit“ von 1991 zu nennen. Diese beiden zentralen Dokumente enthalten nicht nur eine Begründung für kirchliches Engagement, sondern auch eine Orientierung entwicklungspolitischen Handelns, wobei sich im Vergleich der beiden Texte sowohl die gemeinsame Grundhaltung der Solidarität als auch der historische Wandel in der Wahrnehmung der Weltprobleme darstellen läßt.

Die Kirchen und ihre Werke haben sich in den letzten Jahren mehr und mehr auch der Lobbyarbeit zugunsten

der benachteiligten Gruppen in der Dritten Welt gewidmet. So hat zum Beispiel die Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe ihrem jüngsten Jahresbericht eine kritische Betrachtung zum Thema „Eine Welt – zwei Lebensstile?“ vorangestellt. Wie die sich vielfältig in unserem Lande formierende säkulare Solidaritätsbewegung setzen sich die Werke engagiert gegen solche Mißstände wie Kinderarbeit, Sextourismus, industrielle Umweltschädigung und brutale Verletzung der Menschenrechte, aber auch für Schuldenerlaß, faire Preise, Strukturanpassung und Änderung der verschwenderischen Art des Lebens und Wirtschaftens bei uns ein.



1,3 Milliarden Menschen sind noch völlig von der Gesundheitsversorgung abgeschnitten.  
Foto: Brot für die Welt

In diesem Zusammenhang gehört auch der entwicklungspolitische Dialog, den die Kirchen durch die GKKE führen. Es ist kein Zufall, daß die jeweiligen Bevollmächtigten der beiden Kirchen in Bonn gleichzeitig Vorsitzende der GKKE sind. Dialogpartner werden freilich nicht nur in Regierung, Parlament und Parteien, sondern auch in Industrie, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften oder im Bauernverband angesprochen. Ein erstes intensives ökumenisches Dialogprogramm mit dem Titel „**Entwicklung als internationale soziale Frage**“ fand in den Jahren 1977 bis 1979 statt und wurde mit dem entwicklungspolitischen Kongreß in Bad Godesberg abgeschlossen. Damals ging es in erster Linie darum, die Entscheidungsträger im eigenen Land auf ihre Weltverantwortung anzusprechen und einen ent-

wicklungspolitischen Grundkonsens zu erreichen. Gerade diese letzte Zielvorstellung hat sich zum guten Teil verwirklicht, wie sich an dem Kongreß von 1979 und der deutschen Entwicklungspolitik der Achtziger Jahre konkret nachweisen läßt.

Zu den jüngeren Ergebnissen der Dialogreihen gehören zum Beispiel das Positionspapier „**Arzneimittelversorgung in der Dritten Welt**“, das 1992 von der GKKE und dem Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie als Zwischenergebnis ihrer Diskussion veröffentlicht wurde, und die gemeinsame Erklärung von GKKE und dem Deutschen Bauernverband „Neuord-

nung der Agrarpolitik als gesellschaftliche Herausforderung“ aus dem Jahr 1989. Weniger bekannt ist, daß am Anfang der GKKE-Äußerungen zu den Wirtschaftsgipfeln ein Dialog mit der CDU stand. Ein Gespräch vom 19. April 1985, in der die Hauptsprecher der CDU Karl Lamers und Helmut Kohl waren, ist in der kleinen Broschüre „Gemeinsame Zukunft von Nord und Süd? – der Weltwirtschaftsgipfel und die Dritte Welt“ dokumentiert. Wie vorher schon bei UNCTAD-Konferenzen, hat sich die GKKE seither aus Anlaß der Wirtschaftsgipfel wiederholt an die Bundesregierung gewandt und öffentlich Stellung bezogen, so zum Beispiel mit dem „Plädoyer für Afrika“ von 1991 und dem Positionspapier „Solidarität ist unteilbar“ zum Münchener Gipfeltreffen im Sommer 1992.

## Bekämpfung der Armut

An die Erfahrung des ersten Programms anknüpfend, haben die beiden Träger beschlossen, jetzt wiederum ein vierjähriges entwicklungspolitisches Dialogprogramm unter dem gleichen Titel „**Entwicklung als internationale soziale Frage**“ durchzuführen. Am Beginn dieses Programms steht im Dezember 1992 eine internationale Konsultation mit ökumenischen Partnern aus dem Süden, mit denen wir unser Konzept abstimmen wollen. Für den Abschluß ist ein zweiter entwicklungspolitischer Kongreß anvisiert, der im Winter 1995/96 stattfinden soll. Das Konzept für die dazwischen vorgesehenen Studien und Dialogreihen konzentriert sich auf die Schwerpunktbereiche

- Umweltschutzorientierung der Entwicklungszusammenarbeit
- Weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen
- Friedensförderung als Voraussetzung für Entwicklung.

Gerade das erste Thema zeigt, daß ein genereller Konsens, wie er etwa in den Beschlüssen des Deutschen Bundestages Ausdruck findet, nicht genügt. Die Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt wird als vorrangiges Ziel der Entwicklungszusammenarbeit von allen politischen Kräften anerkannt. Die Praxis wird jedoch dieser Zielvorstellung nicht ausreichend gerecht. Nur ein geringer Teil der öffentlichen Entwicklungshilfe kommt Programmen und Projekten zugute, die direkt auf die Überwindung der Ursachen der Armut ausgerichtet sind und unmittelbar die Selbsthilfe der Armen fördern. Hier soll der Dialog ansetzen. Aber es geht auch um die nationalen und internationalen entwicklungshemmenden Rahmenbedingungen. Als Beispielländer wurden Brasilien und Tansania gewählt.

Zur Bedeutung der Entwicklungszusammenarbeit hat die Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland im Jahre 1986 einen Grundsatzbeschluß gefaßt. Darin heißt es: „Entwicklungshilfe ist notwendig und muß verstärkt werden. Es hat sich jedoch gezeigt, daß die grundlegenden Probleme der Entwicklungsländer dadurch nicht gelöst werden. Sie bedürfen einer Neuordnung der politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.“ Dies entspricht dem gegenwärtigen Stand der Diskussion innerhalb der GKKE. Sie wird sich deshalb für eine Verstärkung und Qualifizie-

rung der Entwicklungszusammenarbeit, gleichzeitig aber auch für eine Umgestaltung der Rahmenbedingungen zugunsten der Benachteiligten in der Dritten Welt einsetzen.

Das erfordert vor allem Kohärenz in der Nord-Süd-Politik. Die Entwicklungspolitik ist sozusagen eine zu ernste Sache, als daß man sie in die Zuständigkeit der Entwicklungspolitiker abgeben könnte. Es handelt sich vielmehr um eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Bereiche von der Außenpolitik über Finanz-, Wirtschafts-, Kultur- und Medienpolitik bis hin zur Sicherheitspolitik und dem Militär betrifft. Nachdenkliche Entwicklungspolitiker von Erhard Eppler bis Carl-Dieter Spranger haben stets auf den weltpolitischen Zusammenhang und auf den notwendigen politischen Wandel hingewiesen, der weit über die Sphäre der Entwicklungshilfe hinausgehen muß. Aber es wird nicht als ihr Amt gesehen, sondern eher als politisches Hobby, wenn sie sozusagen als Ombudsman für die Armen und Entrechteten im Süden außerhalb ihres Fachressorts auftreten und darauf hinweisen wollen, daß dem Nutzen, den die Hilfe stiftet, häufig ein Mehrfaches an Schaden gegenübersteht, den die Politik des Nordens im Süden anrichtet.

## Bemühen um globale Umwelt- und Sicherheitspolitik

Hier muß ein vernünftiger entwicklungspolitischer Dialog ansetzen und strukturelle und materielle Konsequenzen anmahnen, damit der erreichte Konsens nicht zur leeren Deklamation und das entwicklungspolitische Engagement nicht zum Abseits im „Ghetto der Bekehrten“ wird. Kurzum, die vielbeschworene Weltindependenzpolitik muß endlich Gestalt gewinnen, und das Bemühen um eine globale Umwelt- und Sicherheitspolitik unserer Tage macht uns diese Forderung konkreter und deutlicher als zuvor. Ähnlich müßten die großen Flüchtlingsströme in allen Erdteilen die Notwendigkeit einer Art von Weltsozialpolitik begründen. In allen diesen Lebensfragen der Menschheit können und wollen die Kirchen nicht behaupten, perfekte politische Lösungen anzubieten. Aber sie können und wollen auf ungerechte Strukturen und unmenschliche Verhältnisse hinweisen, die Gewissen anregen, sich selbst in den unvermeidlichen Konflikten engagieren und Allianzen der Solidarität suchen.

Das gilt besonders für die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge. Auch die Wirtschafts-Denkschrift der EKD (Gemeinwohl und Eigennutz – Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft, 1991) erhebt nicht den Anspruch, dazu bessere Rezepte vorlegen zu können. Allerdings fragt sie nach Konsequenzen des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit im internationalen Maßstab: „Die Forderung sozialer Gerechtigkeit bedeutet für die reichen Industrieländer angesichts der tiefen Kluft zwischen den reichen und armen Völkern der Erde eine dramatische Herausforderung. Wesentliche Kursänderungen sind notwendig. Wie können die Verhältnisse struktureller Ungerechtigkeit zugunsten der Armen verändert werden?“

## Förderung der Friedensprozesse

Über solche generellen Zielvorstellungen herrscht sogar weitgehend Einigkeit. Wir wissen alle, daß sich in dieser „einen Welt“ letztlich niemand auf eine Insel des Wohlstands zurückziehen kann, daß wir in den Industrieländern nicht so weiterleben können wie bisher und daß wir auch deshalb kein Modell bieten, weil die Übertragung unserer Arbeits- und Lebensweise auf die ganze Welt schon allein ökologisch die Katastrophe bedeuten würde. Der Teufel steckt hier wieder einmal im Detail, in den Entscheidungen, bei denen es Gewinner und Verlierer gibt, wo die Umstellung schmerzhaft ist und die Verteilungskämpfe härter werden. Das macht die Diskussion nicht leichter, aber um so nötiger.

Traurigerweise erleben wir seit Jahren und bis heute ein bedrückendes Beispiel in den Verhandlungen der Uruguay-Runde des GATT. Welthandel und Agrarpolitik stehen deshalb vielfach im Vordergrund. Aber die großen Fragen der Finanz- und Strukturanpassungspolitik sind angesichts der immer noch ungelösten Verschuldungskrise für die Entwicklungsländer genau so aktuell. Und schließlich ist die Bewahrung der Schöpfung durch entschiedene Umweltpolitik ein gemeinsames Ziel. Immer geht es im Kern darum, daß die berechtigten Interessen der Schwachen berücksichtigt werden (materielle Anliegen) und daß sie selbst Mitspracherecht und Verhandlungsmacht in den sie betreffenden Angelegenheiten erhalten (strukturelle Anliegen). Dem soll der Dialog im Einzelfall dienen.

Eine gerechtere Welt ist nicht denkbar ohne die Lösung der vielfältigen gewaltsam ausgetragenen Konflikte. Die Bekämpfung der Armut und die Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollen mit den angestrebten strukturellen Verbesserungen auch zur Verminderung von Konfliktpotentialen beitragen. Darüber hinaus sehen die Kirchen eine wichtige Aufgabe in der Förderung des Friedens. Angesichts der Veränderungen im Osten und der Neugestaltung der internationalen Beziehungen ergeben sich neue Überlegungen zu den Fragen der Rüstungsbegrenzung, der Rüstungskontrolle und des Rüstungsexports. Hierüber will die GKKE das Gespräch mit Regierung, Parteien, Unternehmen, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen suchen. Am konkreten Beispiel der Konfliktregionen in Zentralamerika und am Horn von Afrika wird sie sich gemeinsam mit den ökumenischen Partnern dort bemühen, Wege zur Förderung der Friedensprozesse in den einzelnen Ländern zu finden. Geplant ist auch ein internationaler Kongreß von Konfliktschlichtern, um anhand der praktischen Erfahrungen die Chancen und Ansätze zur Konfliktbewältigung zu erörtern.

## Dialogbereitschaft signalisieren

Die ersten Reaktionen auf das Konzept des neuen Dialogprogramms sind im wesentlichen ermutigend. Mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und den Mitgliedern des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit ergibt sich eine gute Gesprächsebene und viel grundsätzliche Übereinstimmung. Ob das in anderen Bereichen ähnlich ist, wird sich in den künftigen Dialogreihen zeigen. Inzwischen werden auch die Gespräche mit der Pharmaindustrie und anderen fortgesetzt, und aus der Begegnung mit brasilianischen Partnern ergeben sich weitere Anstöße für den Dialog mit Wirtschaft und Gewerkschaften. Im neuen Jahr wird die GKKE auf der Basis der Bonner Konsultation Kontakte mit potentiellen Dialogpartnern aufnehmen. In den wichtigsten Bereichen hat sie bereits Fachgruppen zur Vorbereitung der Dialoge berufen.

Eine mehr als früher wichtige Dimension der Nord-Süd-Beziehungen ergibt sich in der **Europapolitik**. Viele Entscheidungen haben sich auf diese Ebene verlagert. Deshalb müssen sich auch die Kirchen hier informieren und im gegebenen Fall den Dialog suchen.

Sie sind deshalb längst in Brüssel präsent, die Hilfswerke z.B. durch ihre europäischen Gruppierungen CIDSE und APRODEV. Auch das entwicklungspolitische Dialogprogramm hat dort ein kleines Pendant in EECOD (European Ecumenical Organization for Development), das das Geschehen in den europäischen Institutionen verfolgt, die Mitglieder informiert und gemeinsame Anliegen vertritt.

Die Vorgespräche mit unseren kirchlichen Partnern in den Entwicklungsländern haben nicht nur Zustimmung zu unserem Vorhaben, sondern auch ein aktives Interesse am Austausch über die Kernfragen der Nord-Süd-Beziehungen und den Dialog zwischen Kirche, Staat und Gesellschaft gezeigt. Wie wir aus den kirchlichen Werken bereits erfahren hatten, wird gerade die Bereitschaft zum Gespräch über den Bericht der praktischen Entwicklungsarbeit hinaus von uns erwartet und begrüßt. Unsere Kontakte in Brasilien und Tansania haben das bestätigt und werden deshalb wahrscheinlich zu einem kontinuierlichen Dialog eigener Art führen. Was als Vorbereitung zu unseren entwick-

lungspolitischen Initiativen in Deutschland gedacht war, hat so zu einer neuen Dimension ökumenischer Gespräche geführt.

Auch innerhalb der Kirchen und der internationalen Solidaritätsgruppen in Deutschland erfahren GKKE und Dialogprogramm viel Unterstützung und guten Rat. Doch ist die Arbeit keineswegs unumstritten. Wie nicht anders zu erwarten, kommt die Kritik von beiden Seiten. Den einen ist der „Schmusekurs der Kamingespräche“ nicht entschieden und transparent genug, den andern mißfällt die gelegentliche Neigung zur Orientierung an der „sozialromantischen Utopie“. Wir hoffen, daß die Dialogreihen des neuen Programms unseren Kritikern nicht Recht geben werden und daß die erwartete Gesprächsbereitschaft in allen demokratischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen uns dabei helfen wird.

**Anm.:** Dr. Manfred Kulesa ist Mitarbeiter der EKD und einer der beiden Geschäftsführer der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung

## Somalia – ein Volk ohne Staat

Rupert Neudeck

**Selten kommt man als Beobachter in die Lage, daß man als Prophet oder bescheidener als Prognostiker lieber Unrecht gehabt hätte. Als die Transalls der Deutschen, die Kercules der Amerikaner und der Franzosen anfangen, Somalia anzufliegen und sich erstmal auf Kenia zurückziehen mußten, Anfang 1992, wurde klar: Die politische und diplomatische Welt hatte keine Ahnung mehr Somalia, dem Land am Horn von Afrika.**

Was ist in diesem in die Unendlichkeit der Wüstensteppen ausgegossenen Küstenland (3000 km Küste Rotes Meer bzw. Indischer Ozean) Somalia geschehen, was zur Folge hatte, daß Staat und Land der Somalis total zusammengebrochen sind?

Somalia war vielleicht der raffinierteste Nutznießer des Kalten Krieges in ganz Afrika. Der General Yalle Siad Barre holte sich erst den „wissenschaftlichen Sozialismus“ und seine schwerstbewaffneten Berater und Vertreter ins Land, um sie 1978 im erstbesten Moment innerhalb von 48 Stunden herauszuwerfen, dafür die USA und ihre westlichen Verbündeten herinzuholen. Das klappte wie im Kalte-Kriegs-Bilderbuch: das heißt ohne jede kleinste Hemmung und Reibung. Die gleichen Militäranlagen, Militärhafen

und Flugfeld in Berbera wurden so, wie die Sowjets sie dort aufgebaut hatten, von den USA übernommen.

Yalle Siad Barre wurde plötzlich wieder His Excellency Mr. President, Yalle hieß „Genosse“, das verschwand. In manchen Ministerialbüros in Mogadiscio vergaß man, die herrlich bunten Plakate, die den „wissenschaftlichen Sozialismus“ propagierten, abzuhängen. Aber der Osten war herausgezwungen, man komplimentierte den Westen rein. No problem.

Auch die Bundesregierung – die noch kurz vor dem nächtlichen Herausschleiß der Sowjets – als neuen Botschafter den Rußland-Experten Cornel Metternich als Botschafter dorthin geschickt hatte – steckte dem neuen Diktator alles zu, was er haben wollte.

Die Welt, ich muß es so platt sagen, wurde von Mogadiscio betrogen und sie wollte betrogen werden. Die Regierung manipulierte die Zahlen der Flüchtlinge, sie behauptete, es seien 1,4 Mio Somalia-Flüchtlinge aus dem räuberischen (weil Moskau treuen) Äthiopien nach Somalia gekommen, dabei hatte der Flüchtlingskommissar der UNO herausgefunden, daß es allenfalls 470.000 noch waren. Noch durfte der UN-Kommissar diese neue Zahl weder publizieren noch anrechnen. Mit Flüchtlingen kann man auch Geschäfte machen – wie mit schreienden Notlagen, man muß nur raffiniert genug sein.

Jeder der 1,4 Mio Flüchtlinge bedeutet eine Nahrungsmittelration des World Food Program. Also kamen jahrelang Nahrungsrationen für 1,4 Mio Flüchtlinge ins Land Somalia, auf teuren Wegen, rein zur Verstärkung der exorbitanten Korruption im Lande.

Währenddessen weitete der Großherrscher Siad Barre die Herrschaft seiner Großfamilie immer weiter aus, breitete sich ein totalitäres Schreckensregime aus, mit phantastisch die Bevölkerung zumal im Norden terrorisierenden Schergen. Die deutsche Bundesregierung hörte nicht auf, im Sinne der Bündnispolitik der USA Somalia weiter mit allen leckeren Gütern zu unterstützen, die die Armee, die Polizei und der Geheimdienst in Mogadiscio brauchten, um die Isaaks im Norden niederzukartätschen.

## Präventive Hilfen

Somalia hat nie Demokratie lernen, geschweige denn spielen können. Kurz nach der Unabhängigkeit – 1969 – putschte sich der General Siad Barre hoch, und war bis 1978 every body's darling in Moskau, ab 1978 der gleiche darling im Westen. Als eine von unserer Diplomatie nicht wahrgenommene Befreiungsbewegung (die auch in Bonn nicht gewahrt wurde, daß der Sessel von Haile Mariam Mengistu in Addis Abeba erheblich wackelte) am 26. Januar 1991 den Diktator aus der Hauptstadt Mogadiscio jagte, legte die bekannte internationale Staatenwelt Somalia erst mal zu den Akten. Sollten die Habenichtse in dem Ex-Nomadensstaat erst mal zusehen, wie sie zu Rande kamen.

Präventiv etwas tun, um größere Katastrophen zu verhindern? Ja, das wird im Bundestag und in Sonntagsre-

den immer pathetisch und vollmundig verkündet. Aber wer wird denn präventiv etwas tun? Man hätte Somalia in dem Moment, da man in Mogadiscio aus eigener Kraft den Diktator und in Hargeisa, Berbera, Erigavo im Norden ebenfalls die Schergen des blutigen Regimes verjagt hatte, helfen müssen – mit allem was dafür in Frage kam, mit Büro-Materialien für eine Regierung, mit Material für freie Wahlen, man



**Hunger in Afrika – ein Dauerproblem, nicht nur in Somalia.**

*Foto: Brot für die Welt*

hätte den Norden bei dem Versuch stützen müssen, mit dem Süden in eine neue föderale Beziehung zu kommen.

Das alles geschah nicht. Cap Anamur kam acht Tage vor dem Sturz des Diktators an einer heimlich ausgewählten Bucht – in Hüs-Mait – an, wurde beschossen, weil man das Schiff erst als Marineboot des Diktators ansah, dann klärte sich, wir entluden unter unsäglichen Problemen 1500 Tonnen Nahrungsmitteln, drei Medizin-Container, eine Ärztin des Komitees, eine Krankenschwester und unser somalischer Freund Abdulkarim Ahmed Guleid gingen an Land. Übrigens vielleicht eine der mutigsten und spektakulärsten Aktionen, die Cap Anamur je gemacht hat.

Damals übrigens wollte kein Journalist mit, es war langweilig. Somalia? Was kann denn schon aus Somalia kommen?

Jetzt ist es wahrscheinlich zu spät mit **konventioneller Hilfe**. Die Bundesrepublik leistet konventionelle Hilfe mit unkonventionellem Gerät: Transalls

werfen ab, nachdem die Pisten verschlammt sind, eine Transall beschossen wurde. Auch die USA, Frankreich, Belgien machen es so.

Die Folge: die kriminellen Verbrecher-Gangs vom Schlage eines General Aidid oder des Gegen-Präsidenten Ali Mahdi halten ihr eigenes Volk in Geiselhaft. Die einzige Konsequenz, um die Somalis zu retten, wäre ein UNO-

Blauhelme-Einsatz, der diese Gangs von den Feeding-Centers und den Lagerhallen, aus den Häfen und Flughäfen vertreibt und in die Wüste schickt. Buchstäblich.

## Bürgerkrieg mit Verbrecherbanden

Ich sage auch warum? Solange die Hilfe so läuft wie bisher, auch mit den Transalls, kommt sie zur Hauptsache den Verbrecherbanden zugute. Sie verlängert den Krieg. Sie gibt den Kalaschnikoff-Gangs die Nahrungsmittel, die sie wieder für Katt und Waffen an Kenia, Yemen, Äthiopien, Djibuti verkaufen.

Die phantastisch dreiste Vorstellung der UNO, unter der die Hilfe läuft, heißt: „Flood the country with food!“ Das kann ein Erstkläßler an der Volksschule im Kopf nicht aushalten. Als ob das Land nicht Ausgänge hat! Dann kam die gleiche famose UNO, die übrigens auch im größten Elend in ihren Palästen sitzt, auf unsere Kosten, auf die zweite Idee: „Flood the country with cash!“ Also überschwemme die

Gangs und die Verbrecher mit so viel Cash, daß sie einfach gehen haben.

Deshalb zahlt UNICEF für einen eigenen UNICEF-Wagen plus zweitem bewaffneten Wagen und Munitionskosten pro Monat: 13.000 US-Dollar. Das geht auch aus unseren Zuschüssen für UNICEF. Die bewaffneten Schutz-Autos mit MG werden von den Hilfsorganisationen „technicals“ genannt, der Pick-up mit MG wird „TV“, = „technical vehicle“ genannt (Das macht sich für die Abrechnungen bei der Europäischen Gemeinschaft oder der Bundesregierung besser). Die „technicals“ kosten in der Hauptstadt 100 Dollar täglich plus Benzin. Wenn ein Wagen mit drei technicals bestückt ist – also 300 US-Dollar. Außerhalb der Hauptstadt meist das Vierfache.

Die Tonne Nahrung – die im Mogadiscio Hafen gelöscht wird – kostet für die ersten fünf Kilometer 40 US-Dollar Tribut.

**Möglichkeiten zur Beendigung des Krieges**

Meine wie eine Gebetsmühle klingende Forderung: Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder wir überlassen die Somalis in diesem selbst angeordneten Schlamassel sich selbst und riskieren, daß sie ihren eigenen Unterprogrammieren.

Oder: Wir sind als Weltgemeinschaft bereit, das hölzerne Prinzip der Nicht-Einmischung in die innere Angelegenheiten dann zu durchbrechen, wenn ein Volk dabei ist, sich selbst umzubringen. Somalia ist in der Völkerrechts- und Zeitgeschichte der allererste Fall eines ethnischen Suizids.

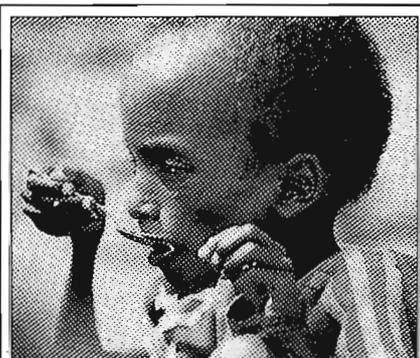
Die zweite Möglichkeit ist nicht zu haben ohne den Auftrag an die UNO, eine „peace-enforcing“, eine „Friedensschaffende“ Truppe, nach Somalia zu schicken. Ich bin für diese **zweite Möglichkeit**. Cap Anamur ist im April 1992 aus seinem geliebten Somalia herausgegangen, in dem wir seit dem 13. Mai 1980 gearbeitet hatten. Aus zwei Gründen:

1. wollte ich das Versprechen, das wir den Spendern in Deutschland geben, nicht brechen: wir versuchen, von der einen deutschen DM möglichst alles **zu den Menschen zu bringen**, die diese Unterstützung brauchen.

2. Cap Anamur wird sich als humanitäre Ärzte-Organisation nie an Projekten beteiligen, in denen wir uns selbst

bewaffnen oder abrechnungsgeschickt eine eigene Privatarmee als „technical assistance“ einspannen.

Letzter Wermutstropfen: zwischen-durch wird uns weisgemacht, es seien Dürreopfer, denen wir unsere Hilfe zuwenden. Das ist richtig für Länder



**Es wird still in Somalia . . .**

In den letzten Monaten sind hier Hunderttausende armer Menschen gestorben. Alte und junge . . . fast eine ganze Generation ist gefährdet. Viele fragen sich: Kann Hilfe in Afrika mit seinen ständigen Dürren, Hungersnöten, Bürgerkriegen und Putschen überhaupt noch etwas ausrichten? Wir fragen: Können wir zusehen, wie Millionen leiden und sterben? Müssen wir nicht versuchen zu helfen, auch wenn die Fernsehkameras schon wieder auf andere Szenen gerichtet sind? Schnelle Soforthilfe, Naheliegenderes statt Auffallendes . . . Gerettete Menschen brauchen Hilfen zum Überleben, aber auch Chancen zum Weiterleben. Setzen Sie mit uns ein Zeichen der Nächstenliebe!

**Brot für die Welt**

Postgiro Köln 500 500-500  
Postf. 10 11 42 · 7000 Stuttgart 10

des südlichen Afrika. In Somalia hat es phantastischen Regen gegeben. „Wenn der Clankrieg nicht das Bestellen der Felder verhindert hätte, gäbe es die beste Ernte seit langem“ (Dr. Raimar Wigger nach seinem Besuch für Cap Anamur in Somalia im September 1992).

Meine Kollegen, die Journalisten, sind gut untergebracht. UNO, CARE, das Internationale Rote Kreuz, UNI-

CEF und „Ärzte ohne Grenzen“ haben eigene Gästehäuser. Die Verpflegung in den Gästehäusern für die Journalisten ist üppig. Vollpension kostet bei UNICEF 70 US-Dollar. Alle Gästehäuser und Büros sind von unzähligen „technicals“ bewacht.

„Nahrungsmittel kommen kaum über Land, da direkte Plünderung wahrscheinlich ist. Trotz Kosten für Transport von Mogadiscio von 60 US-Dollar pro Tonne plus Diesel 10 %. Alles kommt mit den US-Hercules aus Mombasa. 3 bis 5 Flieger täglich in Baidoa. Also 30 t Maismehl und UNIMIX, da ja auch Diesel usw. geladen sind. Das wäre theoretisch für 50.000 Menschen eine Tagesration. Vom Moment des Auslandes bis zur Ankunft in den Nahrungskrippen steht alles unter der Kontrolle der bewaffneten Banden. – Die Hungernden sehen es Essen schon, und es wird stundenlang neu verhandelt. Alles in höchster Spannung, immer wieder wird in die Luft oder vor die Füße geschossen. Die Hungernden werden mit Stöcken zurückgetrieben“ (Raimar Wigger, Cap Anamur-Bericht aus Somalia).

Unsere deutsche Verantwortung (siehe den Titel dieser Zeitschrift!): Auch wir haben dafür gesorgt, daß in völliger Verantwortungslosigkeit das 6 Mio Volk der Bauern, Hirten und Halbnomaden bis über die Ohren mit Waffen vollgestopft wurde. Überall habe ich G-3 Gewehre gesehen. Das einzige an Konsequenz, was ich gebieterisch von einer zukünftigen deutschen Politik für die Zukunft verlange: Sie möchte den verderblichen Waffen- und zumal den Landminen-Export in diese Länder radikal, nicht prozentual stoppen. Stoppen – um es deutlich deutsch zu sagen, heißt für mich aufhören. Heißt für mich nicht: „das hat Eingang in das Protokoll der Regierungsverhandlungen gefunden“.

Die deutsche Ausstattungshilfe für die Gangster und Kleptokraten um den Präsidenten Sia Barre bis Ende 1990 ist ein unrühmlicher Titel für mißlungene, vergeudete und für die Opfer und Betroffenen tödliche Hilfe. Wann wird in Bonn über solche Fehler mal gesprochen. Und das Wort Fehler meine ich jetzt im Sinne des Grafen Talleyrand, der nach dem Mord an dem Herzog d'Enghien zu seinem Gönner Napoleon sagte: „Sire, das war mehr als ein Verbrechen, das war ein Fehler!“

**Anm.:** Dr. Rupert Neudeck ist Präsident des Komitees Cap Anamur/Deutsche Notärzte e. V.

# Wieviel Zeit bleibt den Menschen in Afrika?

Karl Heinz Neukamm

**Es läßt sich nicht leugnen, daß die Wende in Deutschland, das Wunder der deutschen Wiedervereinigung und die Wende in fast allen Staaten Osteuropas die Interessen der Menschen nach Osten hin orientieren. Die Menschen in Afrika drohen in Vergessenheit zu geraten. Dabei leidet dieser Kontinent gerade in diesem Jahr unter einer großen Dürrekatastrophe. Nach den Schätzungen sind es 26 Millionen Menschen, die unter dem Hunger im südlichen Afrika leiden. In Mosambik sind Ernteverluste von etwa 60 % zu beklagen. Das Unheil nimmt seinen Lauf: Keine Ernte, keine Brennstoffe, kein Wasser. Krankheiten, Seuchen und bitteres Sterben sind die Folge. Hören wir noch die Schreie aus Afrika?**

## Eindrücke einer Reise nach Mosambik

Als wir uns im Flugzeug der Küste Mosambik näherten, sahen wir ein schönes Land mit grünen Bäumen und Sträuchern. Nichts von Krieg und Dürre, wie die Nachrichten über dieses Land im südlichen Afrika lauteten. Nur eines störte die scheinbare Idylle: Ein leckgeschlagener Öltanker hat mit seiner Ladung den Strand von Maputo und das blaue Wasser des Indischen Ozeans auf schreckliche Weise verschmutzt. Wir können nur ahnen, was allein das Sterben der Fische für unabsehbare Folgen haben wird.

Aber im Land wurden wir fast an jeder Ecke daran erinnert, daß sich Mosambik im Bürgerkrieg befand. Die Straßen außerhalb der Hauptstadt waren von Massen zerschossener Lastwagen und zerstörter Autos gesäumt. Auf der Fahrt von der Hafenstadt Beira in den Norden sah ich kilometerlang nichts als ausrangierte Eisenbahnwagen, die meisten von ihnen im Bürgerkrieg zerstört. Nur in einem von Militär besonders gesicherten engen Korridor konnten wir uns auf der Straße bewegen. Sonst mußten auch relativ geringe Entfernungen im Flugzeug überwunden werden, weil die Straßen der kriegerischen Auseinandersetzungen wegen nicht sicher waren.

Aber nicht nur stumme Zeugen zerstörter Technik erinnern an die schreckliche Misere der Menschen in Mosambik. Ich sehe vor mir eines der vielen Flüchtlingslager im Lande, wo in einem großen Kreis Frauen und Kinder versammelt sind, Menschen, denen nichts geblieben ist als die zerschissenen Kleider, die sie auf dem Leibe tragen. Ich sehe Frauen vor mir, die sich auf den Boden werfen und mit wilden Gesten eine grausame Schießerei

nachspielen, die sie in den Tagen zuvor erlebt haben. Das Flüchtlingselend in Mosambik schreit zum Himmel. Hunderttausende von Menschen, meist Frauen mit ihren Kindern, ziehen durch das Land. Es gab zu diesem Zeitpunkt kaum einen sicheren Ort, an dem sie sich niederlassen konnten.

Heute herrscht nach mehr als 15 Jahren eines blutigen Krieges Frieden im Land. Hunderttausende von Menschen in Mosambik sind tot. Hunderttausende haben das Land verlassen und erleiden das Los von Flüchtlingen. Im Land ist vieles zerstört, was nur mühsam wieder aufgebaut werden kann. Dennoch: Es herrscht offiziell Frieden. Zwischen der Regierung und der Renamo ist es zu einem Friedensvertrag gekommen. Wird der Frieden von Dauer sein? Ich kann es diesem geplagten Land und seinen leidenden Menschen nur wünschen. Aber erst einmal müssen die Soldaten der Armee und die Rebellen in ein normales Leben zurückgeführt werden. Erst einmal müssen die Flüchtlinge zurück in die alte Umgebung. Wer wird dabei helfen?

Im Chokwe-Distrikt, im Landesinneren 200 Kilometer nordwestlich der Hauptstadt Maputo, besuchten wir ein Landwirtschaftsprojekt, von „Brot für die Welt“ gefördert. Wir waren vorgewarnt, daß von der Mittagsstunde an geschossen wird. Die Schüsse, von wem auch immer sie abgegeben wurden, erinnerten: Sofort die Felder räumen. Der Nachmittag gehört den Soldaten. Ob es mosambikanisches Militär oder Renamo-Rebellen waren, die Frage konnte und wollte niemand beantworten. Unsere Begleiter gaben uns auf jeden Fall den Rat, den Aufenthalt im Projekt zu beenden und in die Häuser zurückzukehren.

Das damalige Bild von Mosambik war von bewaffneten Leuten bestimmt. Einmal waren es Soldaten, zum Teil sehr junge Männer der Armee des Landes. Dann waren es Soldaten aus Simbabwe, die den langen Korridor von der Hafenstadt Beira quer durch das Land nach Simbabwe sichern. Die Ölleitung muß bewacht werden, die Schlagader von Simbabwe.

## Selbstversorgung zur Zeit unmöglich

In der weiteren Umgebung von Beira lag das Hauptquartier der Renamo-Söldner. Sie sorgten auf ihre Weise für Verpflegung und Einkommen: Sie plünderten. Aber auch die Soldaten der regulären Armee sorgten nicht nur für Sicherheit, weil auch sie schlecht versorgt waren und zusätzliche Einnahmequellen sich erschlossen. Viele marodierende Gruppen waren im Land unterwegs, die keiner der Bürgerkriegsparteien eindeutig zugewiesen werden können. Sie beschafften sich durch Überfälle Lebensmittel und andere lebensnotwendige Dinge. Mir fiel auf, wie noch in keinem anderen afrikanischen Land, daß wenig Vieh auf den Feldern zu sehen ist. Die Bürgerkriegsparteien griffen zur Selbsthilfe und requirierten das Vieh.

Bewegende Bilder sind mir im Gedächtnis hängengeblieben. Da es vor unserer Ankunft an verschiedenen Orten ein wenig geregnet hatte, war die Dürre nicht überall auf den ersten Blick zu sehen. Aber im Gespräch mit den Bauern in den Dörfern war unter Tränen zu hören: „Vier Jahre lang haben wir nicht genügend oder auch gar nichts geerntet. Der Regen kam überall zu spät.“ Auf den zweiten Blick konnten wir es deutlich sehen: Es wächst nicht genug. Mosambik kann sich auf absehbare Zeit nicht selbst versorgen.

Bei allen von „Brot für die Welt“ geförderten Projekten, die ich besuchen konnte, geht es auch um das Wasser. Es geht um die Versorgung mit sauberem Trinkwasser. In der Tete-Provinz, wo damals sehr viele Malaria- und auch Cholerafälle aufgetreten waren, hilft ein australisches Entwicklungshelferehepaar beim Brunnenbau. Für 500 Familien gibt es einen eigenen Brunnen.

Mit einfachen Bildern werden die Menschen, vor allem die Frauen angeleitet, die Brunnen sauber zu halten. Einführung in notwendige tägliche Hy-

giene wird gegeben. An anderer Stelle erleben wir, daß die zum Teil in der ehemaligen DDR gefertigten Wasserpumpen doch streiken. Entweder kann sie niemand reparieren, oder es sind die Rohre leak, oder es fühlt sich niemand zuständig. In fast allen Projekten ging es auch um die Bewässerung von Feldern, eine kaum lösbare Aufgabe.

## Preissteigerungen und Arbeitslosigkeit

In jenen Tagen wurde durch die Regierung vor allem Mais in die Mangelregionen gebracht. Die verschiedenen Projektleiter setzen sehr auf Mais, trotz seiner Dürreanfälligkeit. Selbst Reis wird da und dort angebaut, obwohl doch so viel Wasser für ihn erforderlich ist. Dem Boden wird nicht nur das Wasser, sondern es werden auch notwendige Mineralien entzogen. Aber die andere Sicht der Dinge ist, daß wenigstens Mais in die Flüchtlingslager geliefert und der Hunger gestillt wird. **Katastrophenhilfe geht oft vor Entwicklungshilfe!**

In den Städten Mosambiks, vor allem in Maputo, ist die Lage wie in vielen anderen afrikanischen Großstädten besser. Durch Geschäftsleute aus Südafrika gibt es in der Hauptstadt einen bescheidenen Aufschwung und auch neuen Reichtum. Es gibt gepflegte Hotels und Warenhäuser, in denen gegen Devisen Südafrikaner ihre Geschäfte machen. Die Preise steigen schnell und schrecklich. Die Leidtragenden sind wieder die Armen.

Ich erinnere mich an eine Zuckerfabrik aus der portugiesischen Kolonialzeit, die wir besucht haben. Die repräsentativen Räume erinnern an große vergangene portugiesische Kolonialzeiten. Heute steht diese Fabrik still und 4.500 Menschen sind arbeitslos.

Für unsere Delegation war ein festliches Mahl bereitet, das aber nicht recht schmecken wollte. Draußen vor dem Pavillon der Fabrik war eine große Schar Kinder versammelt, die auf das warteten, was wir nicht verzehrten. Das Gefühl der Ohnmacht, Hilflosigkeit und Scham stellte sich ein. Es ist gut, daß das so ist. Die Abertausende von Touristen, die auch in die südlichen Länder Afrikas geflogen werden, machen diese Erfahrungen kaum. Sie kommen mit den Menschen, mit den Hungernden und den Verhungerten, mit den Dürstenden und Verdursteten, nicht zusammen. Ihnen strecken sich

nicht die Hände der vielen Kinder entgegen, die auf ihre Väter warten und diese vielleicht gar nicht wiedersehen.

## Afrika nicht vergessen!

Mir war wichtig, daß ich mich auch bei dieser Reise wie schon bei vielen anderen Gelegenheiten überzeugen konnte, daß **Brot für die Welt** ein Vertrauen weckender Name und Begriff ist. In Mosambik sind unsere Partner die Kirchen, vor allem auch der dort sehr aktive Lutherische Weltdienst. Gern denke ich an die engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus verschiedenen Kontinenten unserer Erde. Sie können das Elend der Menschen und die wirtschaftliche Ungerechtigkeit nicht beseitigen. Aber sie können Elend lindern und da und dort für mehr Gerechtigkeit sorgen.

Und wir alle können uns im Rahmen der diesjährigen Adventsaktion „Brot für die Welt“ wieder fragen, was wir tun, um den Menschen in Afrika zum Leben und zum Überleben zu helfen.

Alle Menschen unter dem Himmel sind Gottes Geschöpfe. Erfahren sie durch unser Beispiel, daß sie im fernen Europa und in Deutschland Schwestern und Brüder haben, die nicht nur an sie denken, sondern ihnen **helfen, damit sie sich selbst helfen können?** Wir dürfen die Menschen in Mosambik und in Afrika nicht vergessen. Unser Gott will, daß wir ihnen beistehen. Noch haben wir Zeit und Möglichkeit dazu.

**Ann.:** Pfarrer Dr. theol. h.c. Karl Heinz Neukamm ist Präsident des Diakonischen Werks der Evangelischen Kirche in Deutschland.

# Kirchentag 1993 in München

„Nehmet einander an“ lautet die Losung des 25. Deutschen Evangelischen Kirchentages, der vom 9. bis 13. Juni in München stattfindet. Auf Hochtouren laufen inzwischen die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen dieser Großveranstaltung.

## Einander annehmen

Fremdsein macht einsam, kann Ängste und Aggressionen auslösen, Haß und Bedrohung. Fremdsein kann Wurzellosigkeit bedeuten und den Verlust der eigenen Identität nach sich ziehen, kann das Selbstwertgefühl zerstören und Unsicherheiten auslösen, die physische und psychische Schäden zur Folge haben können. Fremdsein kann jedem Menschen widerfahren. Menschen verstehen sich selbst nicht, haben keinen Zugang zu ihrer Familie, ihrer Umwelt, ihrer Gesellschaft, ihrer Kirche. Andere haben ihre Heimat verloren, sie leben in einem fremden Sprachraum, können sich nicht verständlich machen und fühlen sich nicht verstanden. Mißtrauen macht sich breit, zwischen den einen und den anderen, auf Gegenseitigkeit.

Mißtrauen statt Vertrauen, Orientierungslosigkeit anstelle von Geborgenheit, Ablehnung statt Zuwendung. Das ist die eine Seite.

Aber es gibt auch eine andere Seite. Fremdsein muß nicht Chancen- und Aussichtslosigkeit bedeuten, sondern kann auch Bereicherung sein. Der Zugang zum Fremden erschließt neue Dimensionen des eigenen Lebens, befreit von der Enge des Denkens. Die Öffnung für andere hat auch Konsequenzen für das solidarische Verhalten und die eigene Toleranzbereitschaft.

In diesem Sinne ist die Losung für den nächsten Kirchentag zu verstehen. „Nehmet einander an“ bezieht sich auf Römer 15 Vers 7, wo es heißt: „Nehmet einander an, so wie uns Christus angenommen hat zu Gottes Lob“.

## Innehalten und Umkehr

„Nehmet einander an“ klingt selbstverständlich, scheint eine einfache und plausible Losung zu sein. Es erscheint natürlich und selbstverständlich, sich in einer Zeit des Materialismus und des Eigen-Sinns anderer annehmen zu sollen. Annehmen bedeutet aber nicht

nur, sich zu kümmern, sich freizukaufen mit großen Worten oder milden Gaben. Annehmen heißt vielmehr, auf andere Menschen zuzugehen und einzugehen, sie in ihren Verschiedenheit zu begreifen und zu akzeptieren, heißt aber auch, etwas von ihnen anzunehmen und etwas Eigenes aufzugeben, heißt innehalten und Umkehr. Darum soll es beim Kirchentag in München gehen, der nach über vierzig Jahren vom 9. bis 13. Juni 1993 zum erstenmal wieder in der Isarmetropole stattfinden wird.

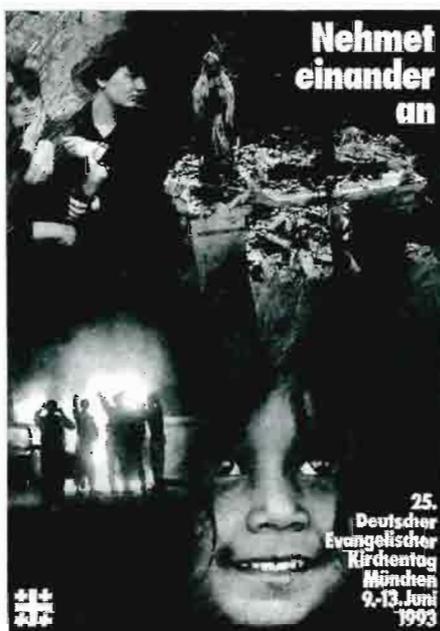
### Spiegelbild München

München ist ein Spiegelbild unserer vordergründig intakten Gesellschaft. München glänzt und glitzert, ist kultureller Mittelpunkt und wirtschaftliches Zentrum. München bedeutet aber auch, daß über die Hälfte der Haushalte Single-Haushalte sind, daß über 220.000 Menschen unter der Grenze des Existenzminimums leben, bedeutet Container für Jugoslawienflüchtlinge auf der Theresienwiese, bedeutet evangelische Diaspora in einem traditionellen katholischen Umfeld, bedeutet aber auch wachsende Distanz zu den Kirchen, bedeutet Vielvölkergemisch, mit die höchsten Wohnmieten in Deutschland und auch eine fast lässige, schon sehr südländisch anmutende Bereitschaft, dem Leben dennoch etwas Gutes abgewinnen zu wollen.

### Profil zeigen

Große Erwartungen werden in den Kirchentag gesetzt, besonders in dieser Zeit der allgemeinen Orientierungslosigkeit. Der Kirchentag wird es nicht leicht haben, diese Suchbewegung aufzunehmen und zu geleiten. Nur mit Hilfe vieler kann ein so großes Vorhaben wie ein Kirchentag gelingen. Schon jetzt sind Hunderte landauf, landab an den Vorbereitungen inhaltlicher und organisatorischer Art beteiligt, und bis zum Kirchentag werden es Tausende sein. Nicht alle Erwartungen werden erfüllt werden können.

Trotz des alten und immer wieder jungen „Marktes der Möglichkeiten“, den es auch in München wieder geben wird, soll der Kirchentag nicht zum Jahrmarkt der Möglichkeiten werden, sondern nach dem Willen seines Präsidiums sichtbar Profil zeigen. Das bedeutet nicht nur Orientierung an den Zahlen und den Bedürfnissen der Teil-



**Das Plakat für den Kirchentag in München 1993 fällt aus der Rolle. Man hat sich angewöhnt, von Plakaten einfache Signale zu erwarten, hell, klar, eindeutig. Der Entwurf des sächsischen Kunstprofessors Joachim Jansong, eine Collage aus zeitgenössischen Eindrücken, spiegelt dagegen provozierend die verwirrende Gegenwart wider.**

nehmer und Teilnehmerinnen, sondern profilierte Aussage, Zumutung, Herausforderung. Das bedeutet auch den möglichen Verzicht auf manches Projekt. Bisher ist das Echo auf dieses Konzept groß.

Der Münchner Kirchentag wird nach langen Jahren der deutsch-deutschen Trennung der ersten Kirchentag sein, der von Menschen in Ost und West gemeinsam vorbereitet und verantwortet wird. Auch das bedeutet die Losung, nicht nur eigene Pläne durchzusetzen, sondern Neues, anderes wahrzunehmen, es zu prüfen, darüber miteinander zu sprechen und auch selbst anderes anzunehmen. Die leisen Töne sind nur zu hören, wenn man selbst nicht allzu laut ist. Das Eigene muß nicht unbedingt das Bessere sein. Gemeinschaft kann nur aus dem Miteinander entstehen. Gegensätze und Streit dürfen nicht ausgeklammert werden, wenn die Gemeinschaft kein Kunstgebilde, sondern lebendig werden soll.

In einer Zeit der verklausulierten Sprache, der Absicherungen und Abgrenzungen, der Anpassung und der Unglaubwürdigkeiten, in einer Zeit, in der die Politiker keine Antworten wissen und die Kirchen allzu oft schweigen, kommt dem Kirchentag eine große Aufgabe und Chance zu. Viele Menschen sehen in ihm heute mehr denn je das Experimentierfeld der Kirche, das Forum des Protestantismus, aber auch Kirche in Bewegung und die notwendige Unruhe in der Kirche. Wenn es mit Hilfe vieler gut geht, wird dieser Kirchentag Fragen aufwerfen und nicht immer Antworten parat haben, wird zum Nachdenken anregen und zum Handeln ermutigen.

### Schwerpunkte

Das weitere ist schnell berichtet: Traditionsgemäß beginnt der Kirchentag an einem Mittwochnachmittag mit Eröffnungsgottesdiensten und endet am Sonntagvormittag mit der großen Schlußveranstaltung, vermutlich im Münchner Olympiastadion. Dazwischen liegen mehrere hundert Veranstaltungen, die sich auf fünf Themenbereiche konzentrieren:

1. Kirche: wo der Geist Gottes ist, da ist Freiheit;
2. Geschichte: Denn auch ihr seid Fremde gewesen;
3. Gewalt: In der Welt habt ihr Angst;
4. Armut: Selig sind, die hungert nach Gerechtigkeit und
5. Mensch: Zum Bilde Gottes schuf er sie.

Zum Programm gehören (als einzige konkurrenzlose Veranstaltungen jeweils zum Tagesbeginn) Bibelarbeiten und Gottesdienste, Arbeitsgruppen und Foren, kommunikative Veranstaltungen, Feste und Feiern, meditative Angebote und Veranstaltungen im Bereich Kunst und Kirche, Gesprächsgruppen, Markt und Informationsstände und viele Gelegenheiten zu Begegnungen, Gesprächen und Diskussionen.

Dies alles und noch viel mehr ist Kirchentag. Wer sich auf ihn einläßt, muß sich auch auf die Losung einlassen und sie wörtlich nehmen: „Nehmet einander an“ - auch ich, auch du, auch wir und ihr.

Carola Wolf

(aus: Der Gemeindebrief 114/1992)

# Synode in Suhl

Brigitte Babbe

**Die 3. Tagung der 8. Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands fand vom 1. bis 6. November 1992 in Suhl/Thüringen statt. Suhl steht für „neue Bundesländer“, und es steht für brennende Themen, die die Synode beschäftigen sollten: Nicht „Medien“, sondern „Kirche im geteilten Deutschland“ - so war das Schwerpunktthema kurzfristig geändert worden.**

Die Anreise der 160 Synodalen, Abgeordnete aus allen deutschen Landeskirchen, war am Reformationstag, jetzt - wie früher - in den neuen Bundesländern ein Feiertag. Der 1. Abend wird in der Regel von der gastgebenden Kirche gestaltet, die sich den Synodalen vorstellen will. Anders diesmal in Suhl: Die Synodalen stellten sich den Gemeinden vor. Sie führen in kleinen Gruppen durch den Thüringer Wald und feierten den Reformationstag in vielen sehr unterschiedlichen Gemeinden mit. Die Erfahrungen waren so vielfältig wie die Verschiedenheit der Gemeinden. Ob vor Ort das neue Schwerpunktthema als wichtig angesehen wurde? In der Gemeinde, die ich besuchte, gab es dazu nur eine emotionale, spontane Äußerung: „Wenn Ihr uns unsern Stolpe kaputt macht, dann, dann ... dann gehe ich gar nicht mehr wählen!“

Da war er - wenigstens einmal laut ausgesprochen, der Name, der - meistens nicht ausgesprochen - die Synode beschäftigen sollte. „Wie der Geist von Hamlets Vater“, meinte später Präses Beier, Rheinische Kirche, in seinem Debattenbeitrag.

## Probleme vor Ort

Die Gemeinde aber sorgte sich um unbeschäftigte Jugendliche und um drei Kindergärten, die sie übernommen hatte, und für die längst nicht genug Menschen da waren, um im christlichen Sinne zu lehren und zu erziehen.

Der Gottesdienst am Sonntag in der gerade wieder nach langer Restaurierung eröffneten Stadtkirche in Suhl, der den Beginn der Synode markierte, hatte in Bischof Demke einen Prediger, der das neue Schwerpunktthema geistlich zu bewältigen suchte. Durch die Fernsehübertragung war allergrößte Öffentlichkeit hergestellt. Aber wen interessierte es wirklich, daß die Kirche sich nach ihrer Schuld fragen ließ? Kirche darf nicht schuldig werden. Das scheint ein Gesetz zu sein, das allen das Recht gibt, Verfehlungen, Verwicklungen, menschliches

Versagen in Verbindung mit Kirche an den Pranger zu stellen. Versagen in den Beziehungen zwischen den beiden geteilten Deutschland hat es überall gegeben. Aber Kirche als Sündenbock, das ließ auf aufregende Meldungen hoffen. Viele Printmedien erwarteten deshalb zu Beginn der Synode eine Zerreißprobe zwischen den Delegierten der östlichen und der westlichen Gliedkirchen.

„Wenn Ihr (Ihr Wessies) uns alle für schuldig haltet, dann schickt uns (uns Ossies) doch gleich einen Strick.“ Das ist ein Satz aus einer ersten Gesprächsrunde unter Synodalen. Das ist ein schrecklicher Satz, wenn er so unter Christen stehenbliebe. Aber er ist so nicht stehengeblieben. Die Synode hat angefangen, miteinander zu reden, Christen haben aufeinander gehört. Das war kein Spektakel, aber menschlich verbindend. In den Zeitungen nannte man das ironisch: „Die Synode erzählt.“

## Aufeinander hören!

Nach dem traditionellen Bericht des Ratsvorsitzenden **Bischof Engelhardt** führte Professor **Richard Schröder**, Theologe, Pfarrer und Fraktionsvorsitzender der SPD in der letzten freigeählten Volkskammer der DDR zum Thema. Richard Schröder, nur Richard Schröder, nicht Eppelmann, nicht Eggert: Gründe für Spekulationen, das Präsidium habe in kluger Vorausschau die Richtung der Synodendiskussion zum neuen Schwerpunktthema auf eine ihm genehme Schiene gebracht und das Ergebnis vorbestimmt. Auch der Spiegel versäumte nicht, sich in Mutmaßungen zu ergehen und insbesondere Präses Schmude unlautere Motive zu unterstellen. Der introvertierte Politiker verhehlte nicht seine Betroffenheit und bot jedem interessierten Synodalen an, ihm persönlich Rede und Antwort zu stehen. Es muß dahingestellt bleiben, ob irgendjemand dieses Angebot angenommen hat. Die Synode jedenfalls hat nicht spekuliert, sie hat sich ganz unspektakulär hinter ihren Präses gestellt und aufeinander gehört.

Menschen haben aufeinander gehört, die als Christen über Jahrzehnte - was doch heißen muß über Generationen - in diametral entgegengesetzten Systemen gelebt haben. Sie haben aufeinander gehört, damit Wahrheit wird, was Paulus uns zugesagt hat: „Einer trage des anderen Last, so werdet ihr das Gesetz Christi erfüllen“ (Gal. 6,2). Das heißt auch, sehr unterschiedliche politische Denkansätze auszuhalten und sich nicht zu beschimpfen. Es macht das Besondere einer Synode aus, daß im parlamentarischen Streit der Mensch als Gegenüber, als Bruder, als Schwester nicht übersehen wird.

Der Evangelische Pressedienst epd hat zur EKD-Synode in Suhl in seinem Informationsdienst inzwischen drei Dokumentationen herausgegeben, von denen insbesondere das Heft 3 „Schritte auf dem Weg zur inneren Einheit der Evangelischen Kirche“ das Schwerpunktthema mit zehn wichtigen Diskussionsbeiträgen, Auszügen aus dem Ratsbericht, Bischof Demkes Eröffnungspredigt, das Einführungsreferat von Richard Schröder und die abschließende Kundgebung der Synode festhält. Das Heft ist zu beziehen bei GEP-Vertrieb, Postfach 50 05 50, 6000 Frankfurt am Main. Es kann allen am Thema Interessierten sehr empfohlen werden.

Bleibt nachzutragen, daß das eigentlich Schwerpunktthema „Medien“ naturgemäß zu kurz kam, aber daß die Synode in ihrer einen Tagungswoche insgesamt 25 Beschlüsse und Kundgebungen faßte, wozu auch der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1993 und das Mitarbeitervertretungsgesetz gehörte.

Wie alle Jahre lud der Evangelische Arbeitskreis durch seine Vorsitzende die Synodalen an einem Abend zum zwanglosen Gespräch ein. Der diesmal dabei angebotene Wein war im Saale-Unstrut-Tal gewachsen. Er fand bewundernde Zustimmung. Nicht nur Rheinländer verstehen etwas vom Wein. Es war ein Abend, an dem der Schlußsatz der Kundgebung „Kirche im geteilten Deutschland“ stimmte: „Auf unserem Weg zur inneren Einheit können und sollen wir unsere je eigene Erfahrungen einbringen und aufeinander zugehen.“ Wobei manchmal ein Glas Wein hilfreich sein kann.

**Ann.:** Brigitte Babbe ist Mitglied der EKD-Synode und EAK-Kreisvorsitzende aus Frankfurt

**Rose-Maria Scriba: Das kleine Licht, Neue Weihnachtsgeschichten für Kinder und große Leute.** AUSAAT Verlag, Neukirchen-Vluyn 1992. ISBN: 3-7615-2484-6

**Das Adventslicht** (Leseprobe)

In der Jungschar hatten sie die erste Kerze vom Adventskranz angestreckt. Uwe freute sich. Nun war Weihnachten nicht mehr weit. Wir sagen euch an den lieben Advent, sehet, die erste Kerze brennt. Die Kinder hatten das Lied nicht vergessen. Frau Berger, die Katechetin, sagte zum Abschied: Zündet zu Hause auch ein Adventslicht an! Besonders alte und kranke Menschen freuen sich darüber.

Uwe rannte nach Hause. Der Großvater im ersten Stock! Ihm wollte er ein Adventslicht anzünden. Er holte schnell seine Sparbüchse aus dem Schrank, steckte ein paar Mark in die Hosentasche und kaufte eine schöne, dicke rote Kerze. Daheim suchte er einen Kerzenteller, nahm Tannenzweige und Streichhölzer und stieg zum Großvater hinauf. Vor der Wohnstube des alten Mannes zündete er vorsichtig die Kerze an und öffnete leise die Tür.

Der Großvater saß im Dämmerchein in seinem Lehnstuhl am Fenster. Er hielt die Augen geschlossen. Wer ist da? fragte er leise. Plötzlich blieb Uwe mitten im Zimmer stehen und sah erschrocken die brennende Kerze an. Wie gelähmt stand er da. Er starrte auf die geschlossenen Augen in dem blassen Gesicht am Fenster. Der Großvater – der Großvater konnte die Kerze nicht sehen. Er war ja blind. Uwe hatte das vergessen in seiner Freude über das Licht. Wer ist da? fragte der Mann noch einmal. Bist du es, Uwe? Der Junge war ganz verstört. Ich – ich wollte dir eine Kerze bringen, zum Advent – aber du kannst sie ja nicht sehen. Der Großvater schwieg.

Ist sie schön, deine Kerze? fragte er dann. Ja, sie ist dick und rot und leuchtet schön. Stell sie auf den Tisch und setz dich zu mir.

Hast du keine Angst, wenn es immer dunkel ist vor deinen Augen? fragte Uwe leise. Doch, manchmal habe ich Angst.

Und was machst du dann?

Meistens bete ich. Einen Vers vom Licht zum Beispiel liebe ich sehr. Ich habe ihn gelernt, als ich jung war und noch sehen konnte.

Sag ihn mal, den Vers.

Der Großvater faltete seine Hände. Uwe betrachtete das faltige und doch so freundliche Gesicht. Er mochte dieses Gesicht. Ich lag in tiefster Todesnacht, betete der alte Mann, du warest meine Sonne, die Sonne, die mir zugebracht Licht, Leben, Feud und Wonne. O Sonne, die das werte Licht des Glaubens in mir zugericht, wie schön sind deine Strahlen!

Das betest du?

Ja, Gott zündet mir ein Glaubenslicht in meinem Herzen an, weil meine Augen nichts mehr sehen können.

Steckt Gott mir auch ein Glaubenslicht an, Großvater?

Dir auch, mein Junge.

**Gerd Ulmer (Hg.): Das Weihnachtswunder. Erzählungen.** Christliches Verlagshaus, Stuttgart 1992. ISBN: 3-7675-1513-X

Daß Gott seinen Sohn in diese Welt sandte, um sie mit sich selbst zu versöhnen, ist das große Weihnachtswunder schlechthin. Aber auch um uns – oder gar mit uns? – ereignen sich Wunder wie diese:

Wenn ein kleiner Junge lernt, daß er in der Adventsschule nie ausgelernet haben wird ...; wenn der König mit den leeren Händen an die Krippe kommt und sich selbst als Geschenk gibt ...; wenn ein verzweifelter Mensch sich nicht von der Brücke stürzt, weil er einen Zettel mit einer besondern Nachricht findet ...; wenn beim Starten das Gaspedal versagt, weil unter dem Auto ein Mädchen spielt, das sein Zuhause sucht ...; wenn das Weihnachtsskarussell ausgerechnet an Heiligabend stehenbleibt, nachdem Vater und Sohn sich zerstritten hatten, dann ist dies der Beginn einer wunderbaren Wandlung.

14 Geschichten berichten von solchen Weihnachtswundern. Im Anhang gibt eine Kleine Geschichte des Adventskranzes und des Tannenbaums Auskunft über ihre Bedeutung.

**Irmgard Weth: Fürchtet Euch nicht!** AUSAAT Verlag, Neukirchen-Vluyn 1992. ISBN: 3-7615-4844-3



**FÜRCHTET EUCH NICHT!**

Ein Weihnachtsheft von Irmgard Weth  
AUSAAT

**Claudia Rück (Hg.): Alles sieht so festlich aus. Weihnachtsgeschichten aus alter Zeit.** Quell Verlag, Stuttgart 1992, ISBN: 3-7918-2322-1

In diesem Buch sind Geschichten und Gedichte aus früherer Zeit gesammelt. Sie entführen uns in eine andere Welt und lassen uns Weihnachten damals miterleben. Es ist die Zeit, in der unsere Großväter und Großmütter Kinder waren, und die wir nur vom Erzählen kennen. Im Rückblick erscheint uns manches romantisch verklärt. Aber zuweilen beschleicht uns doch das Gefühl, ob es nicht wesentliche Dinge gibt, die uns im Lauf der Zeit verloren gegangen sind. In diesem Band sind Gedichte von bekannten und unbekanntem Autoren versammelt, Geschichten, die uns zu Herzen gehen oder zum Schmunzeln bringen. Sie sind gut zum Vorlesen geeignet. – Mit Angabe der Vorlesezeit.

**Theodor Bernhardt (Hg.): Schöne alte Weihnachtszeit.** Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 1992. ISBN: 3-579-02191-5



**SCHÖNE ALTE WEIHNACHTSZEIT**

## Leserbrief

**Betr. EV 11/92: Was würde Martin Luther den ev. Kirchen heute sagen.**

Zunächst meinen verbindlichen Dank für die Darstellung der historischen Entwicklung des Reformationstages. Ganz entscheidend scheint mir der Satz zu sein, den Malte Haupt in seinem wertvollen Artikel schreibt: Diese Reformation war nötig und ist sogar Grund zur Freude. Aber sie ist auch heute noch nötig: Sowohl für die Vergangenheit wie die Gegenwart eine richtige Erkenntnis. Bei aller Unklarheit in der Gegenwart darf aber doch darauf hingewiesen werden, daß es genügend Bewegungen innerhalb unserer Landeskirchen gibt, die Luther und seine Erkenntnisse wieder energisch in den Mittelpunkt rücken. Die Schrift als die normans aller früheren und heutigen Abweichungen von dieser Basis aller christlichen Kirchen.

Daß der Reformationstag unter diesem Aspekt ein Tag der Selbstprüfung sein muß, wer wollte dem Verfasser widersprechen? Und dies zunächst und vor allem! Weil es ein Ruf zur Buße ist, und dies ganz im Sinne der ersten der 95 Thesen des Reformators: daß nämlich das ganze Leben des Christen ein Leben der Buße sein soll. Dasselbe gilt natürlich auch für unsere kirchliche Gemeinschaft, unsere ev. Landeskirchen. Aber auch für jene Gemeinschaft, die Rom im Mittelpunkt ihres Glaubens und christlichen Lebens sieht. Lag doch hier der historische Ausgangspunkt der abendländischen Reformation, was nicht übersehen werden sollte! Und wenn wir uns als ev. Kirchen und als ev. Christen als Sr. Heiligkeit „gehorsamste“ Opposition wissen und danach handeln, haben wir nach wie vor eine Aufgabe im Gesamtzusammenhang der Christenheit, die uns niemand abnehmen kann. Dessen sollten wir uns trotz aller kritischen Selbsteinschätzung immer bewußt bleiben. Martin Luther würde auch heute ähnlich denken und entsprechend handeln!

**Otmar Strohm, Obstr. u. ev. Pfr. a.D.**  
8330 Eggenfelden, Niederbayern

Jochen Klepper

„Die Nacht ist vorgedrungen ...“, so setzt das Adventslied ein, das Jochen Klepper 1938 gedichtet hat. Das Lied ist sicher nicht politisch zu verstehen, es läßt aber doch etwas von der Not ahnen, in die der Dichter mit Beginn der Nacht, die seit 1933 hereingebrochen war über Deutschland, zunehmend geriet. Jochen Klepper hat diese Situation als Bewährung für seinen Glauben empfunden. Deshalb geht die Anfangszeile des Adventslieds voll Hoffnung weiter: „... der Tag ist nicht mehr fern.“ Und in einer anderen Strophe dieses Liedes, in der von Menschenleid und Menschenschuld die Rede ist, heißt es dann: „Doch wandert nun mit allen der Stern der Gotteshuld.“

Diese Zuversicht hat den Dichter getragen. Durchdrungen von der Gewißheit, daß Raum und Zeit, große Geschichte und kleines persönliches Schicksal in der Hand Gottes liegen, hat er in einem anderen Gedicht geschrieben: „Nichts ist, was nicht in deine Händelam ersten Tag beschlossen war.“

Jochen Klepper wurde als Sohn eines Pfarrers geboren, studierte Theologie und war dann als Redakteur und freier Schriftsteller tätig. Mit 28 Jahren heiratete er die verwitwete Jüdin Johanna Stein, die zwei Töchter in die Ehe brachte. Mit Beginn der Nazi-Diktatur wurde die Familie zunehmend Druck ausgesetzt. Die Aufforderungen, sich scheiden zu lassen, häuften sich. Die Tagebücher Kleppers spiegeln die Konflikte des Deutschen, des gläubigen Christen, des Schriftstellers und des Ehemanns einer Jüdin wider.

Der „lutherische Preuße“, wie ihn ein Biograph genannt hat, hat nur ein kleines Werk hinterlassen: Einige Romane und Erzählungen, Gedichte und Lieder, von denen das „Adventslied“, das „Neujahrslied“ und das „Morgenlied“ zum schönsten gehören, was aus unserem Jahrhundert im evangelischen Kirchengesangbuch Aufnahme gefunden hat.

Alle diese Lieder sprechen vom Gott, der sich „nicht verborgen hält“, vom Gott, der „die Zeit in Händen“ hat, vom Gott der Gnade und Güte, von einem Gott, wie ihn nur einer erleben und erleiden kann, der persönlich in schwere Bedrängnis gerät.

Dem alle Engel dienen,  
wird nun ein Kind und  
Knecht.

Gott selber ist  
erschieden  
zur Sühne für sein  
Recht.  
Wer schuldig ist auf  
Erden,  
verhüllt nicht mehr sein  
Haupt.  
Er soll errettet werden,  
wenn er dem Kinde  
glaubt.

„Die Nacht ist vorgedrungen,  
der Tag ist nicht mehr  
fern“  
von Jochen Klepper 1938



„Maria betet das Jesuskind an“  
von Meister Francke (um 1385)  
Foto: Gerd Eberhardt

Vor 50 Jahren, am 11. Dezember 1942, wählte die kleine Familie angesichts der drohenden Deportation von Frau und jüngerer Tochter den gemeinsamen Freitod; „sich schuldig wissend und doch unergründlicher Gnade gewiß“, wie der Freund Reinhold Schneider schreibt. Die ältere Tochter hatte noch rechtzeitig emigrieren können.

Die letzten Zeilen in Jochen Kleppers Tagebuch lauten: „Über uns steht in den letzten Stunden das Bild des Segnenden Christus, der um uns ringt. In dessen Anblick endet unser Leben.“

Reinhard Mürle

(aus: Der Gemeindebrief,  
114/1992)

# Aus unserer Arbeit

## Als Christ in eine Partei?

**Nagold.** Vor einem interessierten Kreis von rund 60 Zuhörern sprach auf Einladung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Nagold der Ulmer Regionalbischof Prälat **Rolf Scheffbuch** über das Thema „Die Verantwortung der Kirchen für die Demokratie“. Dabei betonte er, daß gerade auch evangelische Christen nicht für ein unpolitisches Christsein eintreten sollten. Der Rückzug der Kirche auf die Rolle einer prophetischen Mahnerin sehe er mit Sorge. Dadurch sei es dazu gekommen, daß nur bestimmte Überzeugungen als wahrhaft christliche Anliegen herausgestellt worden seien: Diese Politisierung, die von einer Stellung der Kirche über den Parteien ausgehe, könne nur überwunden werden, wenn wieder Christen zur Mitarbeit in allen Parteien gewonnen werden könnten.

In einigen Vorbemerkungen ging Prälat Scheffbuch auf wichtige Merkmale der Demokratie ein. Diese Staatsform lebe von der Auseinandersetzung über den einzuschlagenden Weg. Am Schluß stehe ein Kompromiß, der von der unterliegenden Minderheit zu tolerieren sei. Der Referent sprach dann von der Leichtverletzlichkeit der repräsentativen Demokratie. Durch regelmäßige Wahlen würden Abgeordnete als Entscheidungsträger in die Parlamente entsendet, die für die Wähler dort tätig werden und entscheiden. Es sei zunehmend üblich, daß in Diskussionen in Medien jeder zu jedem Problem Stellung nehme und Forderungen erhebe, obwohl er die Sachzusammenhänge nicht mehr kenne. Viele leidenschaftlich vorgetragene Einzelinteressen drohten den Staat zu lähmen und die Kompetenz der Mandatsträger zu untergraben. Vor allem die Maßlosigkeit der Forderungen sei heute erschreckend. Maßhalten sei eine fundamentale demokratische Pflicht. Die Kirche sollte ihre seelsorgerliche Betreuung der Politiker verstärken und ihnen mehr Aufmerksamkeit schenken.

Zum Schluß sprach Rolf Scheffbuch noch von der intensiven Zusammenarbeit der Kirchen mit dem Staat auf dem sozialen Gebiet.

Die Kirchen nähmen dem Staat eine Fülle diakonischer und sozialer Arbeit ab, die er personell und finanziell so zu leisten gar nicht in der Lage wäre.

Mit dem Aufruf, vor allem junge Menschen für die politischen Aufgaben zu gewinnen, beendete Prälat Scheffbuch sein Referat. Nach einer längeren Aussprache, bei der auch kirchliche Stimmen zum Ausdruck kamen, beschloß Vorsitzender **Ulrich Eißler** einen interessanten Abend.

## Entwicklung der politischen Kultur

**Bielefeld.** Die 7. Landestagung des EAK-NRW stand unter dem Motto: „Gibt es neue Mauern zwischen den Menschen in Ost und West?“ Nach dem Geistlichen Wort von Pastor Dr. **Werner Ruschke** führte der EAK-Landesvorsitzende Dr. **Hans-Ulrich Klose** in das Thema ein. Innenminister **Heinz Eggert** aus Dresden sprach anschließend über den beschwerlichen Weg zur inneren Wiedervereinigung.

Wenn es jetzt heißt: gibt es neue mauern, oder sind es die alten? dann würde ich sagen, die Mauern sind zerstört worden, aber jetzt sind die Gräben aufgerissen. ... Aber fest steht auch – und das wissen wir als Christen ganz besonders, daß nur das Volk eine Zukunft hat, das seine Vergangenheit bewältigt, denn sonst wird diese Vergangenheit irgendwann überwältigt und dann besteht die Möglichkeit des Rückfalls. ... „Wir reden momentan zuwenig mit den Leuten – aber im Westen gleichermaßen. Politik wird nicht mehr erklärt. Und dadurch ist dieser große Graben oder Bogen, wo die Leute sagen, man entscheidet nur noch und spricht nicht mehr mit uns.“

**Evangelischer Arbeitskreis der CDU-Nienburg wählte neuen Vorstand: Helmut Leeke neuer Vorsitzender**

Nienburg – Vor der turnusmäßigen Neuwahl des Vorstandes erörterte der Evangelische Arbeitskreis im CDU-Kreisverband Nienburg mit seinen Mitgliedern Grundsätze des Parteiprogramms. Sachkundige Referentin war die hannoversche Pastorin Gesa Conring, zweite Vorsitzende des EAK-Landesverbandes Niedersachsen.

Das Christliche, so führte sie aus, sei nicht mehr selbstverständlich. In der heutigen pluralistischen Gesellschaft reicht die Spannweite vom glaubenstrengen Bekennermut bis zum völligen Desinteresse an Religiösen. Auch Volksparteien könnten darüber nicht hinwegsehen.

Orientiert am biblischen Menschenbild, verlange die CDU zwar nicht das christliche Bekenntnis, sondern die Anerkennung des ethischen Maßstabes: Tätiges Eintreten für die Würde des Menschen und seiner Freiheitsrechte, für Gerechtigkeit und Hilfe für den Schwachen, der auf sie angewiesen ist.

Von der Verantwortung für die Schöpfung entlaste auch nicht die Einsicht in die Unvollkommenheit menschlichen Strebens. Wer sich jedoch zur Wahrhaftigkeit verpflichtet fühle, dürfe sich, so hob Gesa Conring hervor, zu politischem Handeln nicht verpflichtet fühlen.

Am Beispiel der Asylantenprobleme erläuterte sie die Divergenz zwischen den Kirchen, die Gastrecht für alle fördern müßten, und den Politikern, die auch Kompromisse zu suchen hätten, wenn anders dem gemeinsamen Ziel nicht näher zu kommen sei.

CDU-Kreisvorsitzender Heinrich Eggers betonte die Notwendigkeit eines Evangelischen Arbeitskreises, der im Streit der Meinung immer wieder sich um das Gespräch mit Vertretern gegensätzlicher Auffassungen bemühe.

Die Mitglieder dankten dem scheidenden Vorsitzenden Gernot Pittius für sechzehn Jahre Arbeitskreisleitung mit einer Wahl zum Ehrenvorsitzenden.

Nachfolger wurde Helmut Leeke. Ute Ernsting blieb Stellvertreterin, Gesche Neumann, Ilse Ruprecht, Heide Stegemann und Rosemarie Volger wurden wieder als Beisitzerinnen, Günter Spellerberg als Beisitzer gewählt.

**Völlig neuer Ausbildungsauftrag für die Bundeswehr**

Nienburg. „Ein volles Haus“ interessiert zuhörender und dann engagiert diskutierender Gäste konnte Helmut Leeke, Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Nienburg, in der Bürgerhalle begrüßen, als Generalmajor a.D. Adalbert v.d. Recke, einst Kommandeur der Panzerbrigade 3 in Langendam und Mitglied der Hannoverschen Synode, über den „Auftrag des Soldaten in veränderter Zeit“ referierte.

Keine politische Phantasie, so hieß es eingangs, habe bei der Aufstellung der Bundeswehr ab 1956 sich vorstellen können, wie schwerwiegend sich 30 Jahre später die politische Landschaft in Mittel- und Osteuropa verändern werde. Die Integration der deutschen Streitkräfte in die Nato habe entscheidend zur Abkehr vom Rüstungswettlauf beigetragen, der waffenstarrende Ostblock brach zusammen und strebt eine demokratische Umgestaltung an.

Nun aber zu meinen, sagte der General, Soldaten würden nicht mehr gebraucht, beweise eine erschreckende Blindheit für die heutigen Realitäten im Bereich der einstigen Sowjetunion. Eine auch im wörtlichen Sinne ungeheure Sprengkraft stecke in ihren territorialen Hinterlassenschaften.

Seitdem der alles übergreifende Gegensatz der beiden Großmächte entfallen sei, der allenfalls noch periphere Stellvertreterkriege erlaubte, sei die Mißachtung der Menschenrechte und der Existenzbedingungen von Millionen Menschen nicht geringer geworden. Der Einfluß der demokratischen Mitglieder der Vereinten Nationen, dagegen anzugehen, sei noch begrenzt.

**Pfingsten gehört zur christlichen Identität**

Roth. Gegen die Steichung des Pfingstmontags als gesetzlichen Feiertag zugunsten einer Pflegeversicherung wendet sich der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CSU Mittelfranken. Entsprechenden Überlegungen von Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth (CDU) wurden wäh-



**Der wiedergewählte Bezirksvorsitzende, Dr. Ingo Friedrich**

rend einer Mitgliederversammlung „mit allem Nachdruck“ abgelehnt. In einem Brief an Frau Süßmuth bekräftigt der Bezirksvorsitzende des Arbeitskreises, der Europaabgeordnete Dr. Ingo Friedrich aus Gunzenhausen, daß Weihnachten, Ostern und Pfingsten zur unverzichtbaren Identität und zum Selbstverständnis der Christen in Deutschland gehören. Eine Streichung des zweiten Feiertags käme einer Abschaffung des Pfingstfestes gleich.

Die Mitgliederversammlung bestätigte bei den turnusmäßigen Neuwahlen ihre bisherige Vorstandschaft. Ingo Friedrich wurde einstimmig als Bezirksvorsitzender wiedergewählt. Er bekleidet dieses Amt seit vier Jahren und hat in dieser Zeit den EAK zu einem Sprachrohr evangelischer Anliegen in der CSU ausgebaut.

Diakon Hans-Jürgen Hopf und Helmut Heidrich wurden als stellvertretende Vorsitzende gewählt.

**EAK will Jugendzentrum in Polen fördern**

Heinsberg. Neuwahlen standen bei der Versammlung des Evangelischen Arbeitskreises im CDU-Kreisverband Heinsberg in der Oerather Mühle in Erkelenz an. Vorsitzender Lothar Schmitz wurde in seinem Amt bestätigt, als Stellvertreter stehen ihm Annelies Witte und Klaus Sachweh zur Seite. Neuer Schriftführer des Evangelischen Arbeitskreises ist Helmut Hoffmann; Heinz-Gerd Becke, Anne Dulies sowie Werner Urbich wurden zu Beisitzern gewählt.

Arnulf von Bock als Vertreter des Evangelischen Arbeitskreises in Aachen stellte den Mitgliedern des Kreisverbandes das Projekt in Polen vor, an dem sich der EAK auf Bezirksebene beteiligen will. Die fünf hiesigen Kreisverbände planen, mit zahlreichen Sachspenden den Aufbau eines Zentrums für Jugendarbeit in einer kleinen ober-schlesischen Gemeinde zu unterstützen.

Von Bock, der vor kurzem den Ort aufsuchte, erzählte den EAK-Mitgliedern, daß kein eigener Pfarrer für die rund 75 Gemeindeglieder zur Verfügung stehe. „Dort leben überwiegend Deutschstämmige, viele sind evangelisch“, berichtete er. Das geräumige Pfarrhaus ist nun verwaist, seit der Gemeindepfarrer nicht mehr da ist, und soll zu einem Jugendzentrum umgebaut werden. Noch fehle es dort an allem: Es gibt keine Wasserleitungen, keine Kanalisation, lediglich ein Brunnen steht im angrenzenden Garten zur Verfügung. Statt eines Badezimmers gibt es draußen ein kleines Holzhäuschen mit Herzchen in der Tür. „An den Wochenenden sollen auch Jugendliche aus anderen Orten in dem neuen Jugendzentrum Erholung finden. In der Gegend ist die Luft sauber, es gibt viel Wald“, schilderte Arnulf von Bock seine Eindrücke. Bald soll das alte Pfarrhaus mit einem Gasherd und neuen Möbeln ausgestattet werden, auch Duschen und Toiletten sollen im Haus installiert werden. Von Bock bittet vor allem um Winterbekleidung und Baumaterial für den bereitwilligen Handwerker aus dem kleinen Ort, der schon lange auf seinen Arbeitsbeginn wartet.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU ● Herausgeber: Dr. Angela Merkel, Dr. Werner Dollinger, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard-Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, Dr. Hedda Meseke ● Redaktion: Birgit Heide, Katrin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (0228) 54 43 05/6 ● Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 ● Abonnementspreis jährlich 16,- DM ● Konto: EAK, Postgiroamt Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 ● Druck: Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn ● Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber.

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 5300 Bonn  
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

## Aus dem Inhalt:

Zur Jahreslosung 1993	1
Wind des Wandels in Afrika?	2
Die deutschen Kirchen im entwicklungspoliti- schen Dialog	3
Somalia – ein Volk ohne Staat	6
Wieviel Zeit bleibt den Menschen in Afrika?	9
Kirchentag 1993 in München	10
Synode in Suhl	12
Büchermarkt	13
Aus unserer Arbeit	14
EAK-Aufruf	16

## Unsere Autoren:

Landtagspräsident  
Dr. Gottfried Müller  
Arnstädter Str. 51  
5082 Erfurt

Dr. Volkmar Köhler, MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn 1

Manfred Kulesa  
Gemeinsame Konferenz  
Kirche und Entwicklung  
Adenauerallee 80  
5300 Bonn 1

Dr. Rupert Neudeck  
Cap Anamur  
Kupferstr. 7  
5210 Troisdorf

Präsident  
Karl Heinz Neukamm  
Staffenbergstr. 76  
7000 Stuttgart 1

100% Altpapier  
chlorfrei hergestellt

# Gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

## Der Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU verurteilt Gewalt und Fremdenfeindlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland.

Wir haben in den letzten Tagen und Wochen die bisher schlimmsten Ausbrüche der Gewalt gegen ausländische Mitbürger bei uns erlebt. Die meisten von uns haben solche brutalen Angriffe gegen wehrlose Menschen in unserer Gesellschaft nicht mehr für möglich gehalten.

Wir sind betroffen vom Ausmaß an Gewalt und verurteilen dies auf das Schärfste. Jede Gewaltanwendung ist eine Bedrohung der demokratischen Grundlagen unseres Staates. Wir alle sind gefordert, diesem abscheulichen Terror entschieden entgegenzutreten. Wir müssen durch persönliches Engagement deutlich machen, daß Fremdenfeindlichkeit, Rechts- und Linksextremismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Wir unterstützen, daß sich vielerorts Bürger zusammenfinden, um gegen Ausländerfeindlichkeit und Gewalt zu demonstrieren.

Christen in politischer Verantwortung müssen zusammenstehen und dem extremistischen Unwesen ein Ende bereiten. Wir dürfen nicht weiter zulassen, daß extremistische Gruppierungen und Parteien unbegründete Sorgen und Ängste bei Menschen schüren, die durch die aktuellen politischen Entwicklungen verunsichert sind.

Uns erschreckt, in welchem Maße gerade junge Menschen ansprechbar sind für radikale Ziele. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir die Zustimmung zum demokratischen Staat in jeder Generation neu schaffen müssen. Demokratie will erfahren und begriffen sein. Kirchen, Gewerkschaften, politische Parteien, wir alle profitieren von den Chancen und Möglichkeiten, die uns eine freiheitliche Gesellschaftsform eröffnet.

Diese Überzeugung müssen wir gerade jungen Menschen gegen eine weit verbreitete Politik- und Institutionenverdrossenheit vermitteln. Dazu muß sich Politik wieder stärker handlungsorientiert zeigen. Genauso müssen wir aber auch eine Kultur des Streites in unserer Gesellschaft wiedergewinnen. Schwierige Fragen unserer Gesellschaft bedürfen der Diskussion.

Verbinden muß uns alle der Wille, für die Demokratie gemeinsam einzustehen und sie aktiv zu gestalten.

(beschlossen am 7. 12. 92)